

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Spannungsfeld



Sie wird in die Geschichte eingehen, die denkwürdige Bundesratswahl vom März 1993. Viele Aspekte gibt es auch im nachhinein noch zu überdenken, allen voran die Zauberformel. Die immer wieder konstatierten Risse führten diesmal fast zum Bruch. Aber der Wille fehlte insbesondere bei der CVP, jedoch auch bei der SVP.

Unterschiedliche Vorstellungen über die Schweiz: Sie werden im Hinblick auf den Abstimmungs-
sonntag vom 6. Juni 1993 erneut vehement aufbrechen. (Photos Stahl/SFP)

AMK. Hier soll aber noch ein anderer Aspekt aufgegriffen werden, derjenige der unterschiedlichen Bilder über die Schweiz, über unsere Institutionen und über die Gesellschaft, Bilder, die in der Bevölkerung alle nebeneinander existieren.

Wie schon bei der Abstimmung über den EWR-Vertrag hat die Kandidatur von Natio-

nalrätin Brunner zu heftigen emotionalen Reaktionen geführt. Stil und Lebenslauf, aber auch die politischen Vorstellungen vor allem im Bereich Sicherheitspolitik wurden von vielen Bürgerlichen als Provokation empfunden.

Mit Bundesrätin Dreifuss bleibt die Irritation, dass nun provokative SP-Vorstellungen über die Landesverteidigung in der Regierung vertreten sind. Wie kann jemand den Eid auf die Verfassung leisten und gleichzeitig Ja zur Armeeabschaffungsinitiative gestimmt haben? so lautet die besorgte Frage.

Diese Spannung besteht und hat sich nun von der parteipolitischen Ebene auf die Ebene der Landesregierung ausgeweitet. Sie wird im Hinblick auf die Abstimmungsvorlagen vom 6. Juni 1993 über die beiden Initiativen gegen die Waffenplätze und die Flugzeugbeschaffung erneut vehement aufbrechen. – Es gibt nichts anderes, als diese Auseinandersetzung zu führen. □

Zerreissprobe



AMK. Der Frauenanspruch bei der Bundesratsersatzwahl vom 10. März 1993 wurde zur Zerreissprobe für die Zauberformel. Warum es nicht zum Bruch der Regierungszusammenarbeit kommen konnte, erläutert FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger. Über den Frauenanspruch sprach der «Freisinn» mit Beatrice Geier-Bischoff, Präsidentin der FDP des Kantons Basel-Stadt und in der FDP-Geschäftsleitung Betreuerin des Ressorts Frauen.

Lesen Sie ab Seite 5

Inhalt

- Über Ordnungspolitik schreibt Sven Bradke auf Seite **13**
- Fühlen Sie sich wohl bei der FDP? hiess die Frage an einer Tagung der SVFF. Lesen Sie die Antworten Seite **15**
- Gedanken aus Australien erreichten den «Freisinn». Sie sind zu finden auf Seite **16**

Revolution oder Reaktion?

In Russland findet ein permanenter Machtkampf statt. Dafür steht der fortgesetzte wirtschaftliche Niedergang in die Katastrophe und wahrscheinlich letztlich ins Chaos sozialer Unruhen, sogar Aufstände. Aber der Reformprozess ist nicht umkehrbar.

Jacques Baumgartner

Die Uhr lässt sich nicht mehr auf eine Zeit vor 1985 zurückdrehen, auf eine Zeit vor Perestroika und Glasnost. Das eine stand für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen «Umbau» und das andere für Offenheit in der ehemaligen Sowjetunion. Die Sowjetunion gibt es nicht mehr, und die Rechtsnachfolgerin Russland befindet sich in einer Zerreißphase.

Boris Jelzin erinnerte im vergangenen Dezember seine Gegner an die unbestreitbare historische Wahrheit, dass es in Russland trotz vielen verheissungsvollen Ansätzen noch nie gelungen sei, eine einzige Reform zu Ende zu bringen.

Machtkampf

Jelzins Gegner sind das Parlament, der Oberste Sowjet und der Volksdeputiertenkongress. Beide legislativen Kammern wurden noch zur Sowjetzeit gewählt, derweil Boris Jelzin im Juni 1991 aus einer Volkswahl – der ersten freien Volkswahl überhaupt in Russland – als Präsident hervorging. Im Parlament und im Kongress haben, angeführt von Parlamentspräsident Ruslan Chasbulatow, die Alt-Kommunisten das Sagen.

Das bis anhin ungefragte Volk befindet sich dazwischen. Die Frage ist, wer Russland regieren soll.

Jelzin will einen starken Präsidenten, und zwar in Anlehnung an das amerikanische oder französische Präsidialsystem. Chasbulatow und seine Leute wollen die Macht des Parlaments festigen, die Rechte des Präsidenten auf ein Minimum beschneiden. So soll das Staatsoberhaupt nur noch Orden verteilen dürfen und Russland nur noch auf Empfehlungen, nicht aber auf Gipfel-

treffen vertreten dürfen. Am liebsten würde Jelzin den Volkskongress auflösen. Dazu müsste er aber die Verfassung ändern. Das kann aber nur der Volksdeputiertenkongress tun. Seine 1040 Abgeordneten denken aber nicht daran, von selbst «abzudanken», denn es geht wie in der alten Sowjetunion um Posten, Pfründen und Privilegien.

Der permanente Machtkampf findet seinen Niederschlag in der Wirtschaft. Dies ist eine Katastrophe, und Russland versinkt immer mehr ins Chaos.

In der letzten Zeit suchte Jelzin den Kompromiss. So sagte er, zur Überwindung der Krise bedürfe es der Einheit und des guten Willens. Nach den wochenlangen Anschuldigungen und Unterstellungen von Verschwörungen und Drohungen mit der Verhängung des Ausnahmezustandes rief er am Vorabend der Sondersession des Volksdeputiertenkongresses am 10. März zur Aussöhnung auf.

Jelzins Dilemma war und ist, dass er ein Volkstribun ist. Und als solcher hat er es versäumt, seine Hausaufgaben zu machen. Er hat keine eigentliche Hausmacht, keine Partei, die hinter ihm steht. Er hat nur Freunde oder Gegner.

Jelzin meint nach wie vor, er sei der grosse Volkstribun, der mit einer Volksabstimmung wieder alle Russen hinter sich bringen kann. Er hat den revolutionären Schwung der Augustrevolution nicht genutzt, um den alten, vollständig diskreditierten kommunistischen Machtapparat zu zerschlagen. Am 19. August 1991 hatten die Kreml-Konservativen einen Putsch versucht; letztlich führte dieser zur Auflösung der

Sowjetunion im Dezember des gleichen Jahres mit der Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS).

Chasbulatow hat – im Unterschied zu Jelzin – seine Machtbasis im Parlament und im Volksdeputiertenkongress konsequent ausgebaut.

Chasbulatow gilt als ein fintenreicher Taktiker, als ein klassischer Infiltrant. Er war von Jelzin, eigentlich gegen den Willen des Volksdeputiertenkongresses, zum Parlamentspräsidenten bestimmt worden. Aber schon bald verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den beiden.

Alt-Kommunisten

Die Alt-Kommunisten sabotieren mit allen erdenklichen Mitteln die Reformpolitik. Jelzin war mehrfach gezwungen, seine Regierung umzubilden. Die neuen Minister und ihre zahlreichen Stellvertreter sind grösstenteils die alten Kommandanten aus der Planwirtschaft.

Seit vergangenem Dezember regiert Wiktor Tschernomyrdin. Auf Druck von Chasbulatow und der Volksdeputierten musste Jelzin seinen Reformministerpräsidenten Gennadi Gaidar fallenlassen. Tschernomyrdin steht der alten «roten» Direktorengarde nahe. Es ist denkbar, dass er bloss Übergangsmittelpräsident, «Vorreiter» eines autoritären Regimes ist.

Juri Skokow, heute im Westen noch ein nahezu unbekannter Mann und Name, könnte ihn ablösen. Er ist Sekretär des Russischen Sicherheitsrates. Hinter Skokow steht ebenfalls der mächtige militärisch-industrielle Komplex, und mehr noch: Skokow dirigiert und koordiniert als Chef des Sicherheitsrates die Ministerien für Nationale Sicherheit, Inneres, Verteidigung und den Geheimdienst. In seinen Mitarbeiterstab hat er beste, zuverlässigste Offiziere des ehemaligen Geheimdienstes KGB geholt. Sein Quasi-

Verbündeter (vorderhand) ist Arkadi Wolski, Präsident des russischen «Unternehmerverbandes» und de facto Chef des «Bürgerbundes». Dieser politisch machtvollste Block ist eine Zentrumskoalition aus Demokratischer Partei, All-Russischer Erneuerungsunion, Volksunion und der «Partei für eine freie Marktwirtschaft».

Vor der Sondersession des Volksdeputiertenkongresses ermahnten die Militärs Jelzin, er müsse resolute Schritte ergreifen, um die politische und wirtschaftliche Krise in den Griff zu bekommen. Wenn sich Militärs in die Politik einschalten, so lässt dies immer aufhorchen. Aber im Russland von heute treten die Militärs nicht als geeinter Block auf. Sie sind sich untereinander spinnefeind. Teils kämpfen sie ums Überleben, die Tausenden von Soldaten und Offiziere, die jetzt aus den ehemaligen sowjetischen Kolonien zurückkehren.

Abspaltung

In Moskau gibt es auch viel Theaterdonner. Aber alle Streitereien, die in Moskau die Bevölkerung der Hauptstadt in Atem halten und die Welt bewegen, enden an der Stadtgrenze. In der Provinz interessieren die Vorgänge in Moskau im Grunde nicht mehr.

Russland spaltet sich ab in einzelne föderative Teile. Jeder versucht, irgendwie weiterzukommen, ohne sich um die grossen Geschehnisse in Moskau zu kümmern. Und nicht unrecht hat Jelzin, wenn er sagt, der Machtkampf werde die Russische Föderation zerreißen.

Die Uhr wird sich in Russland, mit oder ohne Jelzin, nicht mehr auf die Zeit vor 1985 zurückdrehen lassen. Die russische Bevölkerung dürfte nicht mitmachen, bei aller Misere. Denkbar ist hingegen ein autoritäres Regime. So hat das amerikanische Times Mirror Center for the People and the Press (Los Angeles) in den vergangenen Monaten in Russland erfragt, dass die Menschen mehrheitlich für einen starken Mann statt für eine demokratische Staatsform seien; vor einem Jahr hatten die meisten noch an Demokratie geglaubt. «Nur» ein Zehntel hat sich jetzt für den Kommunismus ausgesprochen. □

Max Vögeli würde gerne im grössten Orchester der Welt die erste Geige spielen

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass unser Lebensraum nicht noch ganz zerstört wird.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Das Zusammenleben der Menschen wird durch Egoismus immer negativer beeinflusst.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Das Fensterkuvert die wichtigste, das Schweizer Tagesfernsehen die entbehrlichste.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die kunstvollen Hosenträger der Appenzeller.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Der übertriebene Föderalismus.

Kurzbiographie

Max Vögeli

Zur Person: Notar und Grundbuchverwalter, verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Weinfelden TG; Hobbies: Turnen, Jogging, Skifahren, Langlauf.

Alter: 36

Berufliche Stationen: Seit 1988 Notar und Grundbuchverwalter von Weinfelden.

Politischer Werdegang: Seit 1987 Mitglied der FDP, seit 1991 Mitglied des Grossen Gemeinderates Weinfelden, seit 1993 Kantonsrat.

Liebste Tätigkeit: die Freizeit mit der Familie verbringen. □



Der amtsjüngste FDP-Kantonsrat, der Weinfelder Notar Max Vögeli (links), anlässlich der Vereidigung im Rathaus zu Weinfelden. Ratsbüromitglied und Parteifreund Max Buri verliest Vögeli den Text, zu welchem er mit einem deutlichen «Ja» antworten konnte.

(Photo: Carmelina Seemann-Castellino)

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Nein, denn ich weiss vor allem nicht, was Russell unter Fortschritt verstand.

Warum sind Sie bei der FDP?

Eher zufällig (mein Vorgänger als Notar war Mitglied der FDP).

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Walter Roderer: Seine schauspielerischen Fähigkeiten hat er politisch voll umgesetzt, bei

den Politikern ist es meist umgekehrt.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Anstand, Offenheit und Ehrlichkeit.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Sie haben auch in der Politik nebeneinander Platz.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Beim Nachhausegehen bin ich selten der erste, beim Sport nicht gerne der Letzte.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Irrwege und Auswege (schweizerische Drogenpolitik) von Ch. Huber.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich benütze den Lift im Büro nicht.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Im grössten Orchester der Welt die erste Geige spielen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Kurt Aeschbacher: Er ist für mich die Nummer eins im Unterhaltungssektor. □

Heitere Weisheiten

Eine Anthologie (Sammlung) heiter-humorvoller und sarkastisch-satirischer Aussagen oder Aussprüche nennt sich das neuste kleine Werk aus dem für die Herausgabe von Zitatenbüchern bekannten Ott-Verlag. Geordnet sind die rund 1800 «heiteren Weisheiten», die vor uns ausgebreitet werden, nach 12 Sachgebieten mit 52 thematischen, Stichwörtern gleichkommenden Unterabschnitten. Wer z. B. seine Rede oder Schreibe mit einem Aphorismus zum Thema «Alt - Alter» auflockern will, findet via Unterabschnitt «Jugend und Alter» des Inhaltsverzeichnisses nebst 18 andern ein Zitat Montesquieus: «Wie schade, dass so wenig Raum ist zwischen der Zeit, wo man zu jung, und der, wo man zu alt ist.» Oder die freche sprichwörtliche Aussage: «Alte Kuh gar leicht vergisst, dass Kalb sie selbst gewesen ist.» In den

kurzbiographischen Angaben hinten im Buch über die rund 600 zitierten Autoren kann er dann, wenn nötig, erfahren, dass Charles de Montesquieu ein französischer Philosoph war, der von 1689 bis 1755 gelebt hat. Das kleine Buch eignet sich aber auch (nur) zu schmunzelndem Herumschmökern nach Lust und Laune oder zur Suche nach Aussprüchen eines bestimmten Autors. So findet man auf Seite 131 einen der fünfzehn, unter George B. Shaw, 1856-1950, im Autorenverzeichnis ausgewiesenen Aphorismen dieses irischen Schriftstellers: «Es gibt fünf Arten der Lüge: die gewöhnliche Lüge, den Wetterbericht, die Statistik, die diplomatische Note und das amtliche Communiqué.»

Hans Stefan Wertheimer: Heitere Weisheit. Ott-Verlag, Thun 1993. 204 S., brosch., Fr. 19.80.

Pro und contra

Am 6. Juni wird das Stimmvolk über die beiden Initiativen «Stop F/A-18» und «40 Waffenplätze sind genug» abzustimmen haben. In der soeben erschienenen März-Ausgabe stellt «Chance Schweiz» je eine befürwortende und eine ablehnende Stellungnahme vor. Lesermeinungen dazu werden in der nächsten Ausgabe publiziert.

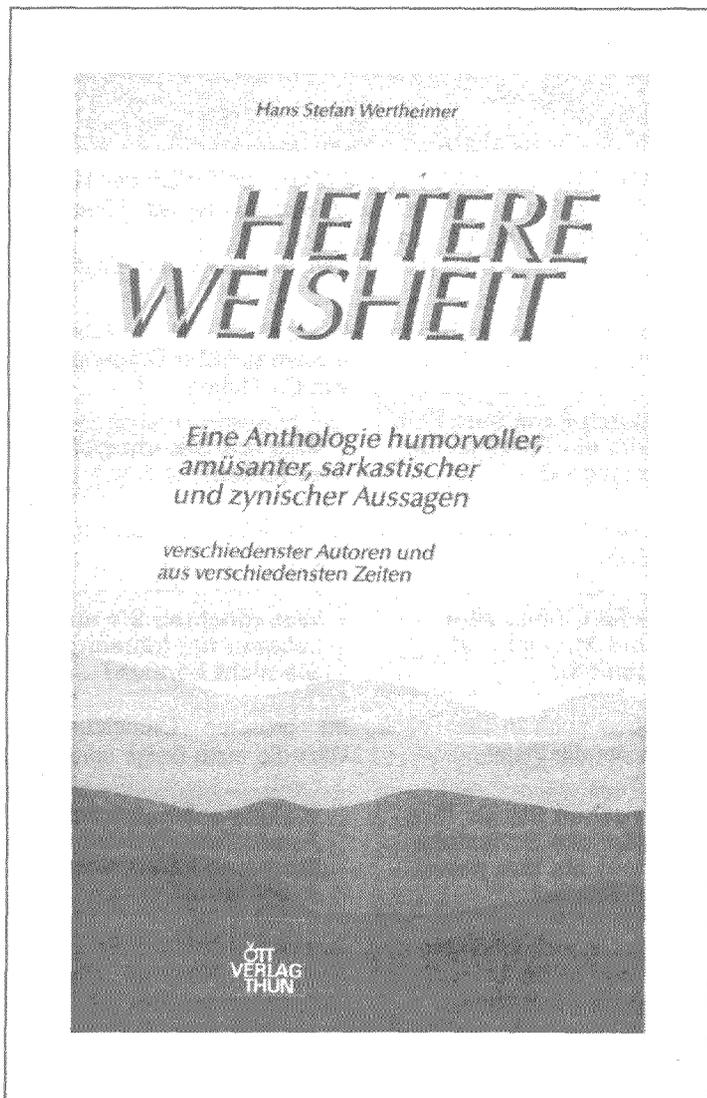
Interview-Partner dieser Nummer ist der freiburgische und damit gewissermassen im Röschtigraben stehende Politiker Otto Piller, der sich als Ständeratspräsident bemühen will, mitzuhelfen, in der Schweiz ein Klima des Vertrauens und der Solidarität aufzubauen.

Im weiteren bringt «Chance Schweiz» Auszüge aus dem Grundlagenpapier und

die wichtigsten Ergebnisse der ETH-Tagung «Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz».

Zudem: die wichtigsten Neuerungen und Hauptpunkte der zur Vernehmlassung vorliegenden neuen «Wehrverfassung» und «Armeeorganisation» sowie ein Beitrag unter dem Titel «Gedanken zur Zukunft der Schweiz» von Jacob Schmidheiny. Toni Cipolat, Präsident des Vereins Chance Schweiz, verlangt von den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern nach dem EWR-Nein die Bereitschaft zu «Extraleistungen» für unser Land. □

«Chance Schweiz» kann bestellt werden beim Sekretariat Verein Chance Schweiz, Postfach 304, 5004 Aarau, Tel. (064) 31 72 31.



Energiewörterbuch

Anlässlich des 15. Kongresses des Weltenergieerates, der im September 1992 in Madrid stattfand, stellte das Komitee «Energiterminologie» seine Arbeit in Form eines Energiewörterbuches in den vier Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch vor.

Es handelt sich nicht einfach um ein gewöhnliches Wörterbuch, sondern um ein thematisch gegliedertes Nachschlagewerk, das die verschiedenen Bereiche der Energieversorgung und -technik sowie die damit zusammenhängenden Gebiete wie beispielsweise Wirtschaft, Recht, Sicherheit, Umwelt umfassend abdeckt. Das Wörterbuch eignet sich daher nicht nur für Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler, sondern ebenso sehr für Ökonomen, Juristen, Politiker usw., die sich mit Energie befassen. Weiter ist es als Standardwerk für Übersetzer und Dolmetscher gedacht.

Die Reichhaltigkeit des Wörterbuches liegt im wesentlichen in den über 2000 Defini-

tionen von Begriffen aus dem gesamten Energiebereich. Von dieser Reichhaltigkeit kann leicht Gebrauch gemacht werden über einen ausführlichen Index, der nicht nur zu den Begriffen selbst, sondern auch zu Synonymen, Schlüsselwörtern usw. Zugang verschafft. Daneben finden sich auch in den Definitionen die entsprechenden Querverweise. □

Das Buch kostet sFr. 190.- (inkl. Versand- und Verpackungsspesen). Bestellungen sind direkt zu richten an: Comité français du CME-89, Boulevard Haussmann, F-75008 Paris, France. Tel. (0033 1) 40 42 65 26, Fax (0033 1) 47 42 56 73.



Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger: «Man kann Bundesratskandidaten nicht mit dem Telefonbuch suchen.» (Photos ruti/Stahl)

Keine Mehrheit für eine Alternative

Die Wahl des hundertsten Bundesrates ist Geschichte. Die Umstände dieser Wahl werden aber noch lange zu Diskussionen Anlass geben.

Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger (UR)

Historisch einmalig ist zunächst die Tatsache, dass ein gewählter Bundesrat auf Druck seiner Partei, eines Teils der Publizistik und eines Teiles der Öffentlichkeit seine Wahl nicht angenommen hat. Entscheidend dabei war die Haltung der SP-Fraktion. Herr Matthey hat dabei berücksichtigt, dass im Falle der Annahme der

Wahl ein baldiger SP-Parteitag den Bundesräten den Rückzug aus dem Bundesrat vorgeschrieben hätte. Wir hätten dann mindestens für 2½ Jahre zwei Bundesräte gehabt, denen eine parteipolitische Basis gefehlt hätte und deren Partei sich mindestens in einer ersten Phase hätte durch Fundamentallopposition profilieren müssen.

Doppelkandidatur

Zunächst beabsichtigte die SP, die unterlegene Kandidatin

Brunner nochmals allein ins Rennen zu schicken. Der SP-Vorstand fasste einen entsprechenden Beschluss. Die bürgerlichen Partner im Bundesrat haben der SP dann klar signalisiert, dass dies eine Provokation wäre und zur Präsentation einer bürgerlichen Alternative zwingen würde.

In der Folge hat dann die SP-Fraktion eine Doppelkandidatur vorgestellt. Mit diesem Vorgehen wurde einer ursprünglichen Forderung der FDP Rechnung getragen. Nach dieser Ausgangslage bestanden zwei Handlungsmöglichkeiten: Entweder man wählte eine der beiden Kandidatinnen, oder es würde eine bürgerliche

Alternative zur Diskussion gestellt.

Zauberformel

Für diesen Entscheid spielte natürlich die sogenannte Zauberformel für die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates eine Rolle. Dabei ist klarzustellen, dass mit der Zauberformel keine Zauberei betrieben werden kann. Es geht um die parteipolitische und personelle Zusammensetzung des Bundesrates. Es geht nicht um eine Koalitionsregierung in einem System von Opposition und Regierung.

Bei der Lagebeurteilung für die Möglichkeit einer sogenannten bürgerlichen Alterna-

tive nach Vorliegen der Doppelkandidatur waren einige Rahmenbedingungen von Bedeutung:

- Die Ansprüche der Frauen und der Suisse romande mussten nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Der Frauenanspruch wurde durch eine Demonstration vor dem Bundeshaus, durch viele Medien und durch andere Instrumente nachhaltig in Erinnerung gerufen. Dabei beschränkte sich die Auswahl von bürgerlichen Kandidatinnen, welche diesen beiden Anforderungen genügt hätten, auf eine einzige Person.

- Der personelle Einbezug der Liberalen mit zehn Vertretern im Nationalrat bereitete den freisinnigen Kantonalparteien der Westschweiz Mühe.

- Die Mehrheitsbasis für FDP, CVP und SVP wäre im Nationalrat äusserst schmal. Es handelt sich um 106 von 200 Sitzen. Mit jeder weiteren Zersplitterung verringert sich auch die Freiheit für eine andere Lösung. Dabei haben wir keinen Fraktionszwang, so dass in wichtigen Abstimmungen weitere Unterstützung notwendig wäre.

- Bei der Wahl eines bürgerlichen Kandidaten wäre Bundesrat Stich im Amt geblieben. Er ist bis Ende 1995 gewählt.

- Die Tendenz in Europa angesichts der grossen wirtschaftlichen und sozialen Probleme geht nicht Richtung Konfrontation, sondern Richtung Konkordanz. Auch in Staaten mit Regierung und Opposition wie Deutschland und Schweden musste die Opposition zur Lösung schwerwiegender Probleme einbezogen werden.

Aussichtsloser Kraftakt

Entscheidend war aber, dass nach der Vorstellung der Doppelkandidatur für eine bürgerliche Alternative keine Mehrheit seitens der involvierten Parteien möglich war. Die CVP hat mit dem Eintreten auf die Doppelkandidatur mit 32 zu 7 Stimmen klar signalisiert, welche Lösung sie anstrebt. Von seiten der SVP hätte etwa die Hälfte der 29 Mitglieder in der Bundesversammlung beim Bruch der Zauberformel mitgemacht. Selbst mit der ganzen FDP-Fraktion wäre damit



Juni 1991: Die Helvetia anlässlich der Expo-Federal vor dem Bundeshaus. März 1993: Demonstrationen riefen den Frauenanspruch in Erinnerung. (Photo Stahl)

dieser Kraftakt aussichtslos gewesen. Dabei konnte man auch bei uns aus verschiedenen Gründen nicht auf einen einheitlichen Willen zum «Hosenlupf» rechnen.

Somit bestand noch vor der Diskussion über eine konkrete Kandidatur keine Mehrheit für eine Alternative. Man hätte die Kandidatinnen oder Kandidaten nur «verheizt». Nach dem Schlachtfeld, das die SP zurückgelassen hatte, musste die FDP nicht den gleichen Fehler begehen.

Es bleibt eine Tatsache, dass für jede Mehrheit bei der Zusammenstellung des Bundesrates die Unterstützung der CVP notwendig ist. Alle ande-

ren Vorstellungen sind Spielereien, die nicht einmal arithmetisch aufgehen. Die CVP ist die Architektin der Zauberformel, und die Gründe bei der Einführung sind für die CVP auch heute von einer gewissen Attraktivität.

Es ist auch daran zu erinnern, dass es institutionelle Gründe gibt, welche die Zauberformel in den Vordergrund stellen. Es geht unter anderem um das Referendums- und Initiativrecht, den fehlenden Fraktionszwang und um das Zweikammersystem.

Die tatsächlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sind vielleicht ärgerlich, es handelt sich aber um Tatsachen, denen

man sich nur mit einem Verzicht auf die Bundesratsbeteiligung entziehen kann. Und dies kommt für die FDP als stärkste Fraktion kaum in Frage.

Kapriolen der Autopartei

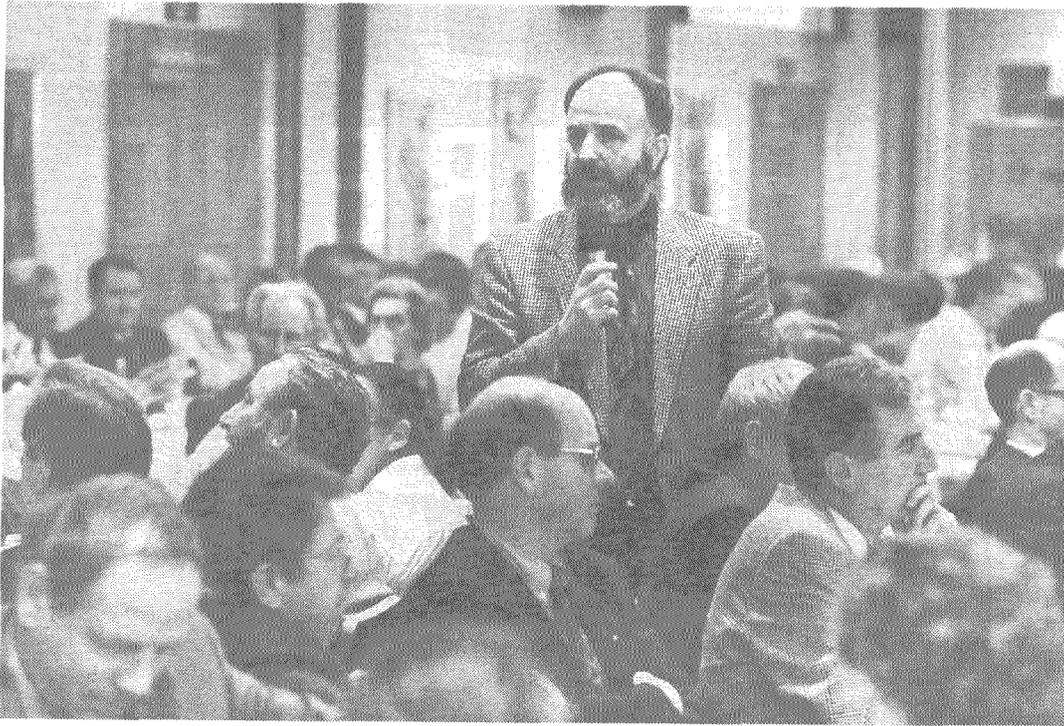
Die Kapriolen der Autopartei haben übrigens bestätigt, dass sie sich zur Mehrheitsfindung ebenfalls der Logik der Zauberformel unterziehen muss. Am Nachmittag des 2. März 1993 wurde von den acht Herren grossspurig verkündet, sie würden nie einen Sozialisten unterstützen. Am Morgen des 3. März 1993 haben sie dann die Unterstützung des Sozialisten Matthey bekanntgegeben, um Brunner zu verhindern. Die Qualifikation wurde von einem AP-Vertreter bereits vorher in einer Aargauer Zeitung geliefert, wo dieser titelte: «Bürgerliche Angsthasen wählen SP».

Die Autopartei ist keine echte Kraft im Nationalrat. Weil sie aber eine Zersplitterung im bürgerlichen Lager bewirkt, bedeutet jede Stärkung der Autopartei wegen der Mehrheitsverhältnisse einen grösseren Zwang zur Zauberformel.

SVP ambivalent

Die SVP hat auf der einen Seite die Aufrechterhaltung der Zauberformel bekräftigt und damit wenig Lust auf Änderung signalisiert. Auf der andern Seite wollte sie etwas ambivalent im Schlepptau der Autopartei die Wahl um eine Woche verschieben. Sofern man aber die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates nicht ändern wollte, hätte es auch eine Woche später keine weiteren Alternativen gehabt. Man kann Bundesratskandidaten nicht mit dem Telefonbuch suchen.

Nach der Aufwühlung eines Teils der Öffentlichkeit und der fehlenden Alternative war es ohne Zweifel zweckmässig, zwischen den beiden Kandidatinnen ohne Verzug zu wählen und damit die Voraussetzungen für die notwendige sachpolitische Arbeit wider zu erreichen. □



Beatrice Geier-Bischoff: «Generell ist die Integration der Frauen in der Öffentlichkeit und damit auch in der Politik noch schlecht.» (Photo ruti)

Die Bundesratsersatzwahlen vom März 1993 werden in die Geschichte eingehen. Der Frauenanspruch brachte die Zauberformel in eine Zerreissprobe. Auch die FDP beschäftigt sich intensiv mit der Frauenfrage. Der «Freisinn» führte deshalb ein Gespräch mit der basellandschaftlichen FDP-Parteipräsidentin Beatrice Geier-Bischoff, welche in der FDP-Geschäftsleitung das Ressort Frauen betreut.

Interview:
Anna-Marie Kappeler

«Der Schock war gross»

Haben die Frauen einen Anspruch auf eine Vertretung im Bundesrat?

Beatrice Geier-Bischoff: «Ganz sicher! Seit 1971 haben die Frauen das Stimmrecht; sie machen im übrigen über die Hälfte der Bevölkerung aus. Viele Frauen können es nicht mehr ertragen, dass die Männer stellvertretend für sie auch ihre Anliegen wahrnehmen.

Bei den Frauen liegt ein grosses Potential an Ideen und Erkenntnissen aus Lebenserfahrungen, die eben anders als die der Männer sind, brach. Das können wir uns heute angesichts der vielfältigen und schwierigen Aufgaben und Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, nicht mehr leisten. Diese Erfahrungen müssen auch in die höchste Landesregierung eingebracht werden.»

Dieser Anspruch wurde durch die Wahl von Nationalrat Francis Matthey zunächst nicht erfüllt. Haben Sie erwartet, dass danach die Frauen so heftig protestierten?

Beatrice Geier-Bischoff: «Wahrscheinlich wurden wir alle von der heftigen Reaktion der Bevölkerung überrascht. In der Zeit vor den Bundesratsersatzwahlen blieb es von Frauenseite ja relativ ruhig. Viele Frauen nahmen es wohl als Selbstverständlichkeit an, dass Nationalrätin Christiane Brunner gewählt werden würde.

Als dann Herr Matthey gewählt wurde, war der Schock

gross. Die Hoffnung vieler Frauen auf eine Vertreterin im Bundesrat war, von uns allen wohl unterschätzt, riesig. Entsprechend gross war dann auch die Enttäuschung. Die damit verbundene Verletztheit und Trauer der Frauen hat sich in der Folge in Wut und Aggression umgewandelt. So können wir die z. T. unschönen Reaktionen der Frauen vor dem Bundeshaus auf die Nichtwahl von Christiane Brun-

ner verstehen, wenn auch nicht tolerieren.»

Wurden diese Emotionen nicht auch durch die Medien geschürt?

Beatrice Geier-Bischoff: «Frau Brunner verkörpert einen modernen Typus Frau. Sie ist eigenständig, berufstätig, offen und enorm kommunikationsfähig. Sie spricht neben ihrer Muttersprache Französisch auch Schweizerdeutsch. Es ist verständlich, dass sie schnell zum Medienliebling, zur Hoffnungsträgerin, sogar zur Symbolfigur wurde.»

Die Reaktionen von bürgerlichen Frauen auf diese Vorgänge waren unterschiedlich. Einerseits war die Forderung nach einer Frau zu hören, andererseits distanzieren sich viele vom Anspruch, den besonders Frau Brunner stellte, die Frauen zu vertreten, und sie ärgerten und schämten sich für die protestierenden Frauen.



Beatrice Geier-Bischoff (rechts) mit Mitstreiterinnen. (Photo MLB)

Fortsetzung auf Seite 9

Standpunkt

Erste Auslandsektion der FDP

In Midrand (Südafrika) haben rund dreissig Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer die erste Auslandsektion der FDP Schweiz International gegründet. Der Präsident der FDP-Sektion Südafrika, Oskar Brandenburg, Bankdirektor, will sich pragmatisch und effizient für die Schweizerkolonie einsetzen. In der Stärkung der Heimatverbundenheit und des staatsbürgerlichen Bewusstseins sieht Brandenburg einen Schwerpunkt. □

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

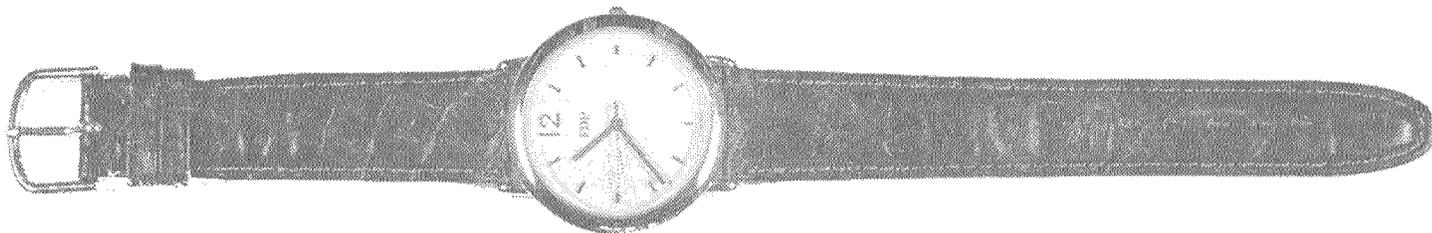
Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

FEDER FÜHREND



BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik, CH-8630 Rüti
Tel. 055/848 111
Telex 875 606, Fax 055/848 511



Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.– (plus Porto und Verpackung):
– Ex. FDP-Uhr.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51).

Fortsetzung von Seite 7

Beatrice Geier-Bischoff: «Es ging ja um einen Sitz der Sozialdemokraten. Doch viele bürgerliche Frauen hätten sich gerne mit der zu wählenden Kandidatin identifiziert. Das war wohl angesichts der unterschiedlichen politischen Haltung und unterschiedlichen Biographie nicht immer möglich. Da kamen sich zwei Ansprüche in die Quere: das Bedürfnis nach Identifikation und die Respektierung beziehungsweise Ablehnung einer anderen Weltanschauung.»

Die SP hat nun eine Frau in den Bundesrat gebracht. Wie beurteilen Sie die Frauenarbeit der SP?

Beatrice Geier-Bischoff: «Die SP hat es geschafft, auf ein grosses Frauenpotential zurückzugreifen. Hier hat sie uns Bürgerlichen einiges voraus. Aber letztlich sind auch die Sozialdemokraten nicht konsequent, sie solidarisieren sich nicht grundsätzlich mit Frauen. Wir können uns nicht auf die SP verlassen.

Ein Beispiel sind die jüngst erfolgten Aargauer Regierungsratswahlen, als wir mit Frau Mörkofer eine fähige Frau ins Rennen schickten. Die SP unterstützte dabei absurderweise den EVP-Mann. Frau Mörkofer hat es glücklicherweise doch geschafft.

Auch als es seinerzeit ums Parteipräsidium ging, hat sich Peter Bodenmann gegen Ursula Ulrich durchgesetzt und ist nicht etwa zurückgestanden, wie das jetzt von Herrn Matthey verlangt wurde.»

Dennoch, wir wissen, dass wir bei der FDP etwas für die bessere Integration der Frauen in die Partei tun müssen. Die FDP arbeitet an einem Konzept zur Frauenförderung, und Sie vertreten in der Geschäftsleitung das Ressort Frau.

Beatrice Geier-Bischoff: «Die Vorgänge um die jüngste Bundesratsersatzwahl haben gezeigt, dass in der Tat die Frauen, die bürgerlichen vor allem, im Parlament schlecht vertreten sind. Generell ist die Integration der Frauen in der

Öffentlichkeit und damit auch in der Politik noch schlecht. Daher kommt es, dass es die Frauen schwerer haben, akzeptiert zu werden. An sie werden noch immer höhere Ansprüche als an Männer gestellt. Das Vertrauen in die Frauen fehlt weitgehend.

Diese Tatsache müssen wir als Partei ernst nehmen. Wir müssen Frauen bewusst aufbauen und der Öffentlichkeit klarmachen, dass wir über Frauen verfügen, die fähig sind, kreativ und belastbar.»

Was sagen Sie dazu, dass mit der gewählten Bundesrätin eine Person in der Landesregierung vertreten ist, die für die Armeeabschaffungsinitiative gestimmt hat?

Beatrice Geier-Bischoff: «Frau Dreifuss vertritt mit ihrer Einstellung zur Armee die Haltung vieler ihrer Parteigenossen und -genossinnen. Die Diskussion muss geführt werden, ob diese Haltung im Bundesrat vertretbar ist oder nicht. Es geht dabei also um die Diskussion über die Zauberformel, darum, ob eine Partei in der Regierung dauernd in einem wichtigen Punkt Fundamentalopposition betreiben kann. Es wäre unfair, diese Diskussion nur über eine Person zu führen.»

Was glauben Sie bleibt übrig nach dieser heftigen innenpolitischen Auseinandersetzung?

Beatrice Geier-Bischoff: «Vor allem beim weiblichen Teil der Bevölkerung haben diese Vorgänge viel ausgelöst. Auch nach dem negativen Ergebnis der Abstimmung über das Frauenstimmrecht 1956, welches ich als Gymnasiastin erlebt habe, wurden Frauen und Männer aufgeschreckt, wachgerüttelt. Damals entstanden – ähnlich wie heute – weibliche Vorbilder, Frauen wurden politisiert.

Nach dieser jüngsten innenpolitischen Auseinandersetzung haben wir alle erlebt, dass das Engagement der Frauen für ihre Sache wichtig ist, wichtig bleibt – und Erfolg hat.» □

Kolumne

«Zauberformel» auf Abruf



Die Irrungen und Wirrungen um die Ersatzwahl für Bundesrat Felber, die schliesslich mit der Wahl von Frau Ruth Dreifuss endeten, haben die Schweiz in eine *Konkordanzkrise* (nicht in eine Staatskrise) geführt. Als 1959 die «Zauberformel» für den Bundesrat (2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP) geschaffen wurde, war sie nicht der plötzliche Einfall eines genialen Politikers, sondern der konsequente Schlussstrich unter ein Jahrhundert Proportionalisierung der Parlamente und der Exekutiven in den Gemeinden und Kantonen und im Bund. Das «Konkordanzklima» war von unten gewachsen; die Institution des Referendums, die Parteigrenzen überschreitende Mehrheiten in Volksabstimmungen verlangte, hatte den Proporz in den Regierungen entscheidend gefördert.

Die «Zauberformel» war schon bei ihrer Schaffung bei den intransigenten Flügeln der FDP und der SVP, aber auch der SP umstritten; und sie ist seither immer wieder in Frage gestellt worden – am heftigsten von der Sozialdemokratischen Partei nach der Nichtwahl der offiziellen Kandidatin Liliane Uchtenhagen und der Wahl von Otto Stich 1983. Damals verlangten Geschäftsleitung und Parteivorstand der SPS den Austritt aus dem Bundesrat. Sie wurden aber am Parteitag in Bern durch einen gewaltigen Aufmarsch der «schweigenden Mehrheit» – die Parteipräsident Helmut Hubacher als «Karteileichen» und «Landsturm» abqualifizierte – mit 773 zu 511 Stimmen in Minderheit versetzt. Doch das war vor zehn Jahren.

Bei der neuesten Wahl in den Bundesrat bleibt *auf fast allen Seiten ein Malaise* zurück: bei den feministischen Kreisen in der SPS, weil Frau Christiane Brunner als erste Parteikandidatin nicht gewählt wurde; bei den Anhängern von Francis Matthey, weil man ihn verschaukelt

und seine Annahme der Wahl verhindert hat; beim Grossteil der bürgerlichen Parteien, weil sie einer sozialdemokratischen Erpressung ausgesetzt waren und den wesentlich von ihnen gewählten Matthey im Stich und damit das Wahlrecht der Vereinigten Bundesversammlung schmälern lassen mussten.

Das Klima der Konkordanz ist damit *noch brüchiger* geworden, als es ohnehin schon war. Denn der Vorrat an Gemeinsamkeiten war schon vorher geschrumpft – seit die SPS in der Frage der Landesverteidigung einen höchst zwielichtigen Kurs verfolgte und aus ihren Reihen (und beim EWR auch aus den Reihen der SVP) die Regierungspolitik und ihre Exponenten grundsätzlich in Frage gestellt wurden. Wenn das Doppelspiel Oppositions-/Regierungspartei auch die staatspolitischen Existenzfragen ergreift, schwindet das Fundament der «Zauberformel».

Die «Zauberformel» kann und darf *kein Tabu* sein. Auch in der Basis beginnt auf beiden Seiten die Bereitschaft zu Kompromissen zu schwinden und der Ruf nach klaren Verhältnissen lauter zu werden. Voraussetzung aber ist der *Mut der bürgerlichen Parteien*, ohne Sozialdemokraten zu regieren. Dieser hat bisher vor allem, aber nicht nur bei der CVP gefehlt. Ohne Mut ist aber aus dem schlechenden Abbröckelungsprozess der Mitte-Parteien nicht herauszukommen. Der verstärkte parteipolitische Wettbewerb würde den bürgerlichen Parteien neue Impulse geben. Er könnte auch das Tor zur dringend nötigen Reform unseres Regierungssystems im Sinne einer Effizienzsteigerung der Exekutive und der Aufhebung der allzu starken Einengung der Bundesratswahlen beflügeln. Es ist Zeit, eine solche Wende *heute* zu diskutieren und ins Auge zu fassen.

Kurt Müller

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen



Kritische Blicke nach Bern...

Die turbulenten Vorgänge erregten die Gemüter

Besonders kritisch schaute das Parteivolk – und nicht nur dieses – Anfang März 1993 nach Bern. Die turbulenten Vorgänge rund um die Bundesratsersatzwahl erregten die Gemüter. Zäuberformel, Frauenanspruch, Wahlverzicht, Druck der Strasse, Missachtung von Institutionen: Das war der Stoff, der landauf, landab zu hitzigen Diskussionen führte. Dabei erhielten die Parteien und die Politikerinnen und Politiker in Bern wenig Beifall.

Auf dem FDP-General- und Fraktionssekretariat strömten viele schriftliche und mündliche Reaktionen zu-

sammen. Zu wenig Härte, zu viel Taktik, Missachtung des Frauenanspruchs, Disziplinierung gegenüber den protestierenden Frauen – alles war in diesen Tagen zu hören.

Die «Freisinn» veröffentlicht markante Stellen einer kleinen Auswahl der eingegangenen Reaktionen. Die Briefeschreiber werden aber auch noch per Post eine Antwort erhalten und ein interessantes Angebot.

Wie ein Parlamentarier die Vorgänge erlebt hat und welche Konsequenzen er daraus zieht, schildert Ständerat Andreas Iten ZG auf Seite 12. AMK



... wo die Politikerinnen und Politiker einen Bundesrat zu wählen hatten. (Photos ruti)

Es braucht eine Frau

In Bezirk und Gemeinde habe ich mich in der Vergangenheit dafür engagiert, dass FDP-Kolleginnen im Laufe der Jahre verschiedene Ämter besetzen konnten. Auch im Bundesrat braucht es nun eine Frau! Ich bitte Sie, Frau Brunner zur Wahl zu verhelfen und für dieses Mal (an sich legitime) parteipolitische Rücksichten hintanzustellen.

Peter Diggelmann, Feldmeilen

nur das Beste sei gut genug für unser Land. Und jetzt diese kalte Dusche. Ich kann es nicht verstehen. Ich bin sehr traurig, dass eine bürgerliche Mehrheit einem Michael E. Dreher und einem Flavio Maspoli und wohl auch einem Christoph Blocher gefolgt ist. Ist das etwa ein Dank dafür, dass sich die SP wie auch die Gewerkschaften für einen Beitritt zum EWR eingesetzt haben?

Richard Nydegger, Stein am Rhein

Für Vielfalt

Zwei Frauen stehen jetzt im Rennen in der Bundesrätinnen-/Bundesratswahl.

Als Frau bin ich nicht vertreten im Bundesrat. Deshalb hat mich die Nichtwahl von Frau Brunner betroffen gemacht. Ich frage mich, warum mag es auf sechs männliche Bundesräte nicht eine Frau, und zwar Frau Brunner, vertragen? Ein Volk besteht aus einer Vielfalt von Menschen mit einer Vielfalt an Ideen – gerade dies ist das Zeichen eines gesunden Volkes. Ich frage mich, verträgt ein Bundesratsgremium eine solche Vielfalt nicht? Und warum nicht?

Stolz auf Ihre Partei, auf das Schweizer Parlament kann ich erst wieder sein, wenn Ihre Partei, dieses Parlament, sich auch Fehler eingestehen kann und Bereitschaft zeigt, diese zu korrigieren.

Esther Stähli, Bassersdorf

Tragt Sorge

Falls Ihnen Frau Brunner nicht entspricht, kann ich das in Toleranz akzeptieren. Haben Sie dann aber um Himmels willen den Mut, einen Kandidaten aus der eigenen Reihe zu wählen.

Tragt Sorge und macht es gut.

Helen Kruppenacher, Kriens

Befremdlich

Es ist für uns äusserst befremdlich, dass Herr Matthey die korrekte Wahl zum Bundesrat nicht angenommen hat.

Das Demokratieverständnis weiter Kreise hat ein bedenklich tiefes Niveau erreicht. Wer nicht anerkennen kann, dass

«Echte Toleranz akzeptiert auch grundlegend andere Meinungen und sucht für die Tat Konsens und Kompromiss.»

Katherina Washington, Zürich

ein demokratisch gewähltes Wahlgremium seine Aufgaben ohne Instruktionen wahrnehmen kann, der sollte etwas in die neueste Geschichte zurückschauen und sein Verhalten mit den Methoden des Kommunismus vergleichen.

Stefan Sailer, FDP-Präsident Sektion Winterthur-Seen, Walter Stüdl, FDP Winterthur, Vorstandsmitglied, Philip Balogh, Jungliberale Winterthur, u. a.

Klare Haltung

Als langjähriges und aktives Parteimitglied ermuntere ich Sie und die FDP-Fraktion der Bundesversammlung, den Pressionen des linken Medienverbundes in der SP entschieden entgegenzutreten und sich

keinesfalls auf irgendwelche «Päckli» mit den Genossen einzulassen. Diese haben die Suppe, die sie sich selbst eingebrockt haben, nun trotz verbrannter Zunge auch auszulöffeln.

Im Zweifelsfall erwarte ich, dass die SP schlicht und einfach in die Opposition entlassen wird.

Jede andere Haltung würde von der Parteibasis nicht verstanden.

Rudolf Meier, Embrach

Enttäuscht

Als traditionell dem Freisinn nahestehend, bin ich enttäuscht über das Verhalten der freisinnigen Fraktion und namentlich deren Führungsorgane anlässlich der Bundesratswahl vom 3. März 1993.

Das Vorgehen der FDP-Fraktion und diverse Äusserungen

«Wir sind in der Schweiz auf eine mittragende SP und vor allem auf die Frauen angewiesen. Das fordert Respekt vor deren eigenen Wünschen.»

Roman Müller, Illnau

der Führungsrepräsentanten waren politisch einfach nicht vertretbar. Solange der Sozialdemokratischen Partei zwei Sitze im Bundesrat fest zuge-

teilt sind, soll es auch in deren Verantwortung stehen, diese zu besetzen. Und mit Frau Brunner wurde eine Kandidatin vorgeschlagen, die fachlich und führungs-mässig sicher gut qualifiziert ist; wie es, nota bene, bei den bürgerlichen Parteien nicht so manche ähnlich qualifizierte Frau gibt.

Die FDP sollte sich auf die eigentlichen Werte des Freisinns besinnen und wieder zu einem zeitgemässen Exponenten der politischen Kultur unseres Landes werden. In den nächsten zwei Wahlperioden wird in der Legislative die Nachkriegsgeneration die Mehrheit erlangen, und für diese gilt es heute zeitgemässe politische Perspektiven zu schaffen! Die Führungsgremien der Partei müssen diese Verantwortung wahrnehmen!

Hans Ulrich Joos, Oftringen

Warum?

Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Arbeit, die Sie leisten, und gehe mit vielen Entscheidungen einig. Das aber, was heute passiert ist, wird bei mir und vielen anderen Menschen Narben hinterlassen. Im Vorfeld der Bundesratswahl keimte in mir und meinem Bekanntenkreis (Leute zwischen 30 und 45 Jahren) eine Hoffnung auf eine neue, ehrlichere, offene Politik.

Es ist mir klar, dass Sie alle glaubhaft versichern werden, dass Sie sehr gerne eine Frau gewählt hätten – nur Christiane Brunner sei nicht tragbar gewesen...! Nun, ich war im MFD, bin Dienstchef im Zivil-

«Ce serait une gifle magique à tous ceux qui ont servi dans l'armée et à ceux qui croient en la défense nationale de nommer au Conseil fédéral Christiane Brunner, qui méprise ces valeurs essentielles et vote contre notre armée de milice.»

Marius Vaucher, Lausanne

schutz und stehe hinter der Armee – für mich wäre sie tragbar gewesen. Ich teile viele ihrer Ansichten nicht – aber dafür bin ich ja auch nicht in der SP!

Lilo Henkel-Haller, Schönenwerd

Frage der Glaubwürdigkeit

Wenn die FDP-Fraktion die Armeeabschafferin und Fristenlöserin Christiane Brunner unterstützt, verliert die Partei in der breitesten Öffentlichkeit jegliche Glaubwürdigkeit.

Hans Wermelinger, Zell

Stimme der Basis

Ich bin eine der in den letzten Tagen so oft erwähnten Stimmen der Basis; eine Stimme der Basis mit zwanzigjähriger intensiver Arbeit zugunsten der Partei; eine Stimme der Basis, die jetzt genug hat vom «Froue u Manne zämespanne»; eine Stimme der Basis, die genug hat, Steigbügelhalter für Männer zu sein; eine Stimme der Basis, die jetzt eine Bundesrätin will, welche klar sagt, was sie denkt, und endlich Leben in unser verkalktes System bringt.

Rosemarie Kölbl-Gasser, Oberwiltach

Die Stirne bieten

Nach aufmerksamem Studium der bisherigen Aktivitäten um die Nachfolgeregelung von Bundesrat Felber bin ich der persönlichen Meinung, dass:

- die SP nicht in der Lage ist, die Wirtschaftskrise zu beenden,
- unter dem Druck der Strasse keine SP-Frauenwahl erfolgen sollte,
- der Forderung der SP-Leitung nach einem Ausstieg aus der Regierungsverantwortung mit einer entsprechenden Antwort die Stirn geboten werden muss.

Urs Rauscher, Heimberg

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Wo bleibt die Glaubwürdigkeit?

Die Mehrheit unseres Parlamentes und unserer Partei hat mit der Nichtwahl von Christiane Brunner dreierlei demonstriert:

1. Sie sind sich nicht zu schade, in einer schwierigen Zeit für unser Land unsägliche Tragikomödien aufzuführen und sich mit sich selbst und künstlichen Problemen zu beschäftigen, statt unsere wirtschafts- und aussenpolitischen Probleme zu lösen.

2. Offenbar findet keine Kommunikation in unserer Konkordanzdemokratie mehr statt – weder über den eigenen Gartenzaun hinaus noch zu breiteren Teilen der Bevölkerung, denn dass viele Frauen Mätzchen dieser Art nicht mehr goutieren, war klar vorhersehbar – wer es nicht sah, wollte es nicht sehen.

3. Scheinbar ist die Angst in diesen Kreisen vor klugen und autonomen Frauen noch grösser als die Fremdenfeindlichkeit, und es gilt scheinbar die polnische Losung: Zurück an den Herd!

Vielleicht überlegen sich unsere Parteileitung und unsere Fraktion gelegentlich, was der Zwang, einem einseitigen, bürgerlichen Frauenbild aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts genügen zu müssen, mit einer humanistischen und liberalen Haltung am Anfang des 21. Jahrhunderts zu tun hat. Vielleicht sogar, bevor es ihnen die nachgewachsene Generation der nach 1945 Geborenen durch eine demonstrative Abwendung bei den nächsten Wahlen zeigt, so dass die Freisinnigen zu einer Altherren-Partei mit ein paar Ehrendamen werden, die bestens mit der Autopartei, dem rechten Zürcher Flügel der SVP oder den Schweizer Demokraten fusionieren könnte.

Gabriela Winkler
FDP-Mitglied, Oberglatt ZH

Grund zur Selbstkritik

Die Bundesratswahlen sind vorbei. Ich bin froh, dass wieder Ruhe einkehrt. Ich bin in den letzten Wochen durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen oder getrieben worden. Ich habe wie alle Kolleginnen und Kollegen zahlreiche Briefe, individuelle und vordruckte, erhalten. Zahlreiche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern haben mir gezeigt, dass die Kandidatur von Christiane Brunner, wie die SPS sie forciert hat, gegensätzliche Ansichten erzeugt, ja geradezu zwei Lager geschaffen hat.

Ständerat Andreas Iten

Die Emotionalisierung dieser Wahlen war im Bundeshaus stark spürbar. Um so mehr musste man nach eigenen Wahrnehmungen in eigener Verantwortung und in Übereinstimmung mit dem eigenen Gewissen entscheiden. Niemand kann einer gewählten Volksvertreterin oder einem Volksvertreter den Entscheid abnehmen.

Starke Persönlichkeit

Wahlen sind oft auch eine Frage von Sympathie oder Antipathie. Bei Bundesratswahlen, wo es um hohe fachliche Kompetenz und um die Fähigkeit zur bestmöglichen Repräsentation des Staates im In- und Ausland geht, darf Sympathie aber nicht wahlentscheidend sein. Da kommt es darauf an, dass eine Persönlichkeit Substanz und Stehvermögen hat. Sie muss sich auch offen und klar zum Kollegialitätsprinzip bekennen.

Ruth Dreifuss besitzt nach meiner persönlichen Einschätzung diese Eigenschaften. Sie ist vom Charakter und von den Persönlichkeitsmerkmalen her kein «politischer Zwilling», wie uns verschiedene Medienberichte und auch die Strategen der SP-Fraktion vormachen wollen. Ruth Dreifuss ist eine starke, eigenständige Persönlichkeit mit klaren Vorstellungen und Ideen. Dass sie bei der Wahlannahme davon sprach, es sei ein neuer Sozialvertrag zwischen allen Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft nötig, beweist, dass sie mithelfen will, die auseinan-



Ständerat Andreas Iten: «Die Bundesratswahlen haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, dass sich die Schweiz in einer auseinanderstrebenden Dynamik befindet.»

(Photo ruti)

derstrebenden Kräfte zu sammeln und auf gemeinsame Ziele hinzuführen.

Fehlende Bereitschaft zum Konsens

Das ist in schwieriger Zeit ausserordentlich wichtig. Wir leiden heute unter einer fehlenden Bereitschaft zum Konsens. Die Bundesratswahlen haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, dass sich die Schweiz in einer auseinanderstrebenden Dynamik befindet. Meinungen prallen unversöhnlich aufeinander. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft führt dazu, dass die politische Mitte immer mehr zertrümmert wird. Die Parteien, vor allem die kleinen, die an den Flügeln angesiedelt sind, ergreifen ungeachtet der Verantwortung für das höhere Ganze jede Gelegenheit zur Profilierung.

Die Taktik beherrscht die Szene. Man interessiert sich nicht für die anderen, für ihre Ideen und Gedanken. Die Politik befindet sich genau in der Situation wie die Gesellschaft. Sie ist nur ein überhöhtes Bild dessen, was in der Bevölkerung vorgeht.

Wenn also heute der Vorwurf erhoben wird, die Bundesratswahlen seien ein Trauerspiel, dann stimme ich zu. Ich erlebte sie auch als eine seltsame, der Sache unangepasste Form eines Politspiels, das keinen Beitrag zur würdigen Repräsentation des Staats darstellt.

Doch wenn ich sagen kann, dass am Ende eine gute Lösung gefunden wurde, muss ich betonen, dass eine gründliche und seriöse Vorbereitung der Wahl und ein vertieftes, ernstes Gespräch unter den Partei- und Fraktionspräsidenten eine annehmbare Ausgangslage geschaffen hätten. Warum konnte eine Zweierkandidatur Brunner/Dreifuss nicht an den Anfang des Wahlprozederes gestellt werden? Man wollte das nicht. Es ging darum, Gefechte zu veranstalten. Und eben diese Gefechte haben die Gefühle der Bevölkerung aufgewühlt. Sie haben denn auch die Demonstrationen provoziert.

Zuversicht

Ich hoffe sehr, dass in unserer schwierigen Zeit diese kontroversen Bundesratswahlen Anlass zur Selbstkritik werden. Es wäre verheerend, wenn wir in der Schweiz in das Fahrwasser der Unversöhnlichkeit und «Partitocrazia all'Italia» kämen. Ich gehe nach diesen Wahlen von der Zuversicht aus, dass Ruth Dreifuss eine gute, aber auch unbequeme Bundesrätin werden und dass sie die Sache der Frau gut vertreten wird. Dann wäre erreicht, was mein zentrales, persönliches Anliegen bei diesen Wahlen war. □

Ordnungspolitische Artikel für die Bundesverfassung

● Der Gesetzgeber prüft beim Gesetzgebungsverfahren die Vorlagen auf die Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz, die mittel- und langfristigen finanziellen Auswirkungen sowie auf ihre Verträglichkeit mit ordnungspolitischen Grundsätzen.

● Der Gesetzgeber ist verpflichtet, für einen jährlich ausgeglichenen Staatshaushalt zu sorgen und die Wirtschaftsgesetzgebung bestmöglich nach ordnungspolitischen Grundsätzen auszurichten.

● Unter ordnungspolitischen Grundsätzen sind ein marktkonformer, effizienter und praktikabler Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente zu verstehen. Dabei ist der Wahrung der wirtschaftlichen Freiheitsrechte, der Aufrechterhaltung des funktionierenden Preismechanismus, der Nichtdiskriminierung sowie der Offenheit der Märkte absolute Priorität einzuräumen.

● Ein Wirtschaftsrat überprüft die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des Gesetzgebers auf seine Vereinbarkeit mit ordnungspolitischen Grundsätzen.

● Stellt der Wirtschaftsrat (massgebliche) Unvereinbarkeiten der Beschlüsse des Gesetzgebers mit ordnungspolitischen Grundsätzen oder mit wirtschaftsverfassungsrechtlichen Pflichten fest, so kann er die Beschlüsse innerhalb eines Monats nach der offiziellen Beschlussfassung wegen Verletzung verfassungsmässiger Pflichten an den Gesetzgeber zurückweisen.

● Dem Gesetzgeber steht es frei, die ordnungspolitischen Mängel zu beseitigen oder mit einer Zweidrittelmehrheit der Sitze den Wirtschaftsrat zu überstimmen.

● Die Wahl der fünf Mitglieder des Wirtschaftsrates erfolgt durch die Bundesversammlung für acht Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich, jedoch nicht in unmittelbarer Folge. Wahlfähig sind all jene, die auf Grund ihres Lebenslaufes befähigt sind, dieses wirtschaftspolitische Amt auszuüben. □

Weniger Markteingriffe

In jüngster Zeit taucht im Rahmen der Revitalisierungsvorschläge für die schweizerische Volkswirtschaft vermehrt der Begriff der «Ordnungspolitik» auf. Was bedeutet dieser Begriff eigentlich, und welche Wirtschaftsreformen umfasst er?

◆ Sven Bradke*

Der Begriff der Ordnungspolitik wird vor allem im Zusammenhang mit der «Freiburger Schule» (Breisgau) verwendet. Sie definiert eine ordoliberal gestaltete Wirtschaft als ein Zusammenspiel von grösstmöglichen Freiheitsräumen der Individuen innerhalb einer zweckmässig organisierten Institutionenstruktur. Dabei gilt dem «wohlgeordneten» Ablauf des Wirtschaftsprozesses im Rahmen eines funktionsfähigen Preissystems das Hauptaugenmerk.

Wenn in der Schweiz somit von der «ordnungspolitischen Verwahrlosung» oder vom «ordnungspolitischen Niedergang ohne Ende» gesprochen wird, ist darunter vor allem ein Missverhältnis zwischen staatlichem Eingriff in den wohlgeordneten Wirtschaftsprozess und privatautonomer Wirtschaftsfreiheit gemeint.

Die zentralen Fragen der Ordnungspolitik lauten somit, welche grundlegende Rolle der Staat im Wirtschaftsprozess einnehmen, wann und wie er instrumentell handeln und wer den Staat zu dieser Handlung legitimieren soll.

Anders ausgedrückt, wie kann der Staat und können seine handelnden Akteure in ein «Sicherheitssystem» eingebunden werden, damit ordnungswidrige Beschränkungen der Wirtschaftsfreiheit oder des funktionierenden Preissystems nicht möglich sind? Ein funktionierendes «Sicherheitssystem» wäre in der Schweiz

zwangsläufig mit einer Verfassungsrevision verbunden, die gleichzeitig auch zu Machtverschiebungen führte. Ohne auf die politische Realität zu achten, wird in diesem Beitrag ein Modell vorgestellt, wie ordnungswidrige Regelungen eingegrenzt werden könnten.

Ein Vorschlag

Die Kernidee des Vorschlags beruht auf der verfassungsmässigen Bindung des Parlaments an ordnungspolitische Grundsätze sowie auf der Einsetzung eines unabhängigen, fünfköpfigen «ordnungspolitischen Gewissens», das wir fortan als Wirtschaftsrat bezeichnen (vgl. Kasten). Seine Hauptaufgabe besteht darin, jeden vom Parlament verabschiedeten Rechtssatz auf seine Vereinbarkeit mit ordnungspolitischen Grundsätzen zu überprüfen.

Da in der Schweiz das Bundesparlament das höchste Organ im Staate darstellt, welches keiner verfassungsrechtlichen Kontrolle beim Erlass von Bundesgesetzen untersteht, darf auch der Wirtschaftsrat nicht das Recht zur endgültigen Kassation ordnungswidriger Erlasse haben. Eine vorstellbare Variante wäre, dass vom Wirtschaftsrat zurückgewiesene ordnungswidrige Erlasse für ihr Inkrafttreten eine Zweidrittelmehrheit der Sitze in beiden Kammern erfordern. Mittels eines solchen Verfahrens behielte der Gesetzgeber die uneingeschränkte Gesetzgebungskompetenz. Ordnungspolitisch widrige Erlasse wären zwar weiterhin möglich, aber nur bei einem qualifizierten Mehrheitsbeschluss. Die Frage stellt sich nun, wer sitzt in diesem Gremium, und wie kann man dort Einsitz nehmen? Das Recht auf Rückweisung von Parlamentsbeschlüssen erfordert zwangs-

läufig eine demokratische Legitimation. Der Wirtschaftsrat könnte beispielsweise analog der Bundesrichterwahl besetzt werden.

Um ein genügendes Mass an Unabhängigkeit zu erlangen, sollten die fünf gewählten Wirtschaftsrate eine möglichst lange Amtszeit haben. Ein Vorschlag wäre acht bis zehn Jahre, wobei die unmittelbare Wiederwahl aus Gründen der Unabhängigkeit auszuschliessen wäre. Damit der Wirtschaftsrat Kontinuität und «Blutauffrischung» gleichzeitig erfahren kann, sollten nach der Konstitution nicht alle Räte gemeinsam, sondern in einem regelmässigen Intervall ersetzt werden.

Dieser Vorschlag brächte erfahrungsgemäss eine Politisierung der Besetzung mit sich. Je marktkonformer das Parlament allerdings legeferte, um so bedeutungsloser würden die Milizposten des Wirtschaftsrates. Die Sanktionsmöglichkeiten dienten nur mehr zur Bindung des Gesetzgebers an eine marktkonforme und effiziente Wirtschaftspolitik. Sollten dennoch ordnungswidrige Regulierungen verabschiedet werden, könnten diese mittels eines marktwirtschaftlich denkenden Wirtschaftsrates gezielter in Grenzen gehalten werden als heute.

Utopisch?

Das beschriebene Modell mag unrealistisch, ja sogar utopisch sein. Die als notwendig erachtete Revitalisierung der schweizerischen Wirtschaft erfordert zur Begrenzung des «ordnungspolitischen Niedergangs» aber nicht nur Wirtschaftsreformen, sondern auch neue institutionelle Regelungen. Solange der wirtschaftspolitische Spielraum auf rentenverteilende Markteingriffe des Staates bzw. der politischen Akteure gross ist, handeln jene kaum im gesellschaftlichen Gemeinwohl. Sie maximieren vielmehr ihren eigenen Nutzen. Das beschriebene Modell ist deshalb als Diskussionsbeitrag zu verstehen, wie der bestehende Spielraum institutionell verringert werden könnte. □

* Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen unter Prof. Hauser, engagiertes FDP-Mitglied. Arbeitet gegenwärtig an einer wirtschaftspolitischen Studie im Rahmen des NFP-28 (Nationalfondsprogramm 28).

Wir wollen faire Politik

Der Slogan «wir wollen fairen Sport» ist heute wohl allgemein bekannt. Für gewisse Spitzenpolitiker müsste nun die Forderung «wir wollen faire Politik» aufgestellt werden. Bundesräte und Bundesparlamentarier, die Mühe haben, einen Volksentscheid zu akzeptieren, offenbaren ein eigenartiges Demokratieverständnis. Da müssten einige gelbe und rote Karten ausgeteilt werden! – Mit negativer Haltung, Jammern, Schwarzmalerei, Schuldzuweisungen usw. ist man noch nie vorwärtsgekommen, gibt es keinen Erfolg. Führen – auch in der Politik – verlangt eine posi-

tive Einstellung. Vertrauen schaffen, Verantwortung übernehmen, Vorbild sein. Entscheide, die einem nicht passen, können nur umgesetzt werden, wenn man bereit und fähig ist, zu motivieren und voranzugehen.

Aber auch die Medien tragen ein gerüttelt Mass an Verantwortung. Sie sollten sich wieder sachlicher, zukunftsorientierter Berichterstattung zuwenden.

Fairness – auch in der Politik, wäre das nicht wünschenswert?

J. G. Walt, FDP-Grossrat, Thuisis

FDP-Position

Entscheidend für neue Agrarpolitik

Die FDP erachtet die Vollzugsverordnung zu den Direktzahlungen nach Art. 31 a und b des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) entscheidend für Erfolg oder Misserfolg einer neuen, auf dem System der Direktzahlungen basierenden Agrarpolitik.

Die Verordnung über ergänzende Direktzahlungen in der Landwirtschaft nach Art. 31 a LwG bewertet die FDP als übersichtlich und klar sowie als praxisgerecht und vollziehbar. Sie vermisst jedoch begleitende Massnahmen, mit denen konkrete Probleme und Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft gelöst werden könnten.

Materiell und formell unbefriedigend ist jedoch die Verordnungen über Beiträge für besondere ökologische Leistungen. Die Freisinnigen unterstützen zwar die Stossrichtung von Art. 31 b LwG klar, erachten aber die Eintrittsschwelle als zu hoch. Ihrer Ansicht nach dient es der Sache wenig, wenn die Bedingungen Landwirte davon abhalten, Anstrengungen für die integrierte Produktion und für den biologischen Landbau zu unternehmen. Nach einer Anlaufphase, kann eine sukzessive Anhebung der zu erfüllenden Bedingungen in Betracht gezogen werden. □

Als Zeichen der Solidarität

Die FDP stimmt mit der bundesrätlichen Feststellung, dass die Uno-Kinderschutzorganisation eine bedeutende rechtliche Grundlage zum Schutz der Kinder in aller Welt darstelle, überein. Kinder gehören anerkanntermassen zu den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft. Sie sind deshalb in besonderem Mass auf internationalen Schutz und Hilfe angewiesen.

Die FDP begrüsst deshalb in ihrer Vernehmlassungsantwort die rasche Ratifikation der Uno-Kinderschutzkonvention.

Nach Ansicht der FDP sind zwei Vorbehalte in den Bereichen Familiennachzug und Staatsbürgerrecht anzubringen. Beim Staatsbürgerrecht stellt sich das Problem, dass die Konvention einer anderen als der schweizerischen Rechtstradition folgt. Die Möglichkeit des Familiennachzugs für Personen mit Saisonier- bzw. Asylbewerberstatus würde die sekundäre Einwanderung ankurbeln und die damit verbundenen Wohnungsengpässe verschärfen. Auch wäre der administrative und infrastrukturelle Mehraufwand in Anbetracht der nur kurzen Aufenthaltsdauer (bei Saisoniers max. neun Monate) schnell unverhältnismässig. □

Veranstaltung

Gatt – Parolenfassung

Einladung zur ordentlichen Delegiertenversammlung vom 23./24. April 1993 in Genf, Hôtel Penta

Freitag, 23. April 1993

- 15.00 **Eröffnungsansprache des Parteipräsidenten**
Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen
- 15.20 **Gatt: Die Uruguay-Runde aus schweizerischer Sicht**
Einleitende Referate, Podiumsdiskussion, Diskussion im Plenum, Verabschiedung eines Thesepapiers der FDP
Schlussreferat von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
- 19.45 Apéritif
- 20.30 Unterhaltungsabend der FDP Genf

Samstag, 24. April 1993

- 9.00 **Statutarische Geschäfte**
- 9.30 **Eidgenössische Abstimmungsvorlagen**
 - Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär»
 - Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»
- Diskussion
- Standpunkt des Bundesrates durch Bundesrat Kaspar Villiger
- Parolenfassung
- 12.00 Schluss der Versammlung, anschliessend Apéritif

Zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Anmeldetalon

für die ordentliche Delegiertenversammlung vom 23./24. April 1993

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich wünsche eine Zimmerreservation.

Talon bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. Tel. (031) 22 34 38. Fax (031) 21 19 51.

Was ist los mit den freisinnigen Frauen?

Im letzten «Freisinn» berichteten wir über die Referate von Franziska Frey-Wettstein, Dr. med. Sabine Bergmann-Pohl, Beatrice Geier-Bischoff und Stéfanie Mörikofer-Zwetz, und wir gaben ein kurzes Résumé über das Grundlagenpapier von Than-Huyen Ballmer-Cao. In dieser Nummer geben wir Aufschluss über die Auswertung der Fragebogen, die von 76 Tagungsteilnehmerinnen ausgefüllt und abgegeben wurden.

Ursula L. Schmid, Schaffhausen*

Die erhaltenen Auskünfte sind wichtige Orientierungshilfen für kommende Tagungen, denn sie geben Einsicht in die Erwartungen, Wünsche und Ziele der Teilnehmerinnen.

Am meisten Fragebogen füllten die 46- bis 55jährigen Frauen aus, dann die 36- bis 45jährigen, gefolgt von den 56- bis 65jährigen, und am wenigsten die 20- bis 35jährigen Frauen. 89 Prozent der Befragten sind erwerbstätig (davon 18 Prozent Akademikerinnen) und üben mehr als einen Beruf aus, 11 Prozent sind hauptberufliche Hausfrauen.

Mehr Tagungen

Mehr Tagungen mit politischen Themen werden von allen Teil-

* Mitglied des Vorstandes der SVFF

nehmerinnen gewünscht, insbesondere über Migrationsprobleme, Jugendpolitik, Aufklärungsveranstaltungen für FDP-Männer, Weiterbildung zu günstigen Konditionen (z. B. in Strategie, Rhetorik, Argumentation).

Mehr Frauen in Ämter und Parlamente!

Alle Befragten sind sich einig, dass mehr Frauen in Gremien von Bund, Kanton und Gemeinden vertreten sein müssen. Die meisten Frauen sind an einem politischen Amt interessiert. Zwei Fünftel von ihnen sitzen in einem Parlament oder einer Exekutive.

Fühlen Sie sich wohl in der FDP?

Diese Frage wurde meistens bejaht, jedoch mit

Vorbehalten, welche nicht zum Vorteil der Männer reichen. Viele Frauen fühlen sich von der Partei nicht ernst genommen, Frauenanliegen würden kaum beachtet und Frauen zu wenig gefördert. Die FDP-Männer seien generell zu konservativ, zu elitär, frauenfeindlich und die Partei sei überaltert. Parteiarbeit wird von vielen Frauen als dauernder Durchsetzungskampf empfunden.

Die Partei kümmere sich zu wenig um Altersfragen, Flüchtlings- und Asylpolitik, neue Armut, Familie, Beruf und Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit für Frauen und Männer, Gleichberechtigung von Frau und Mann, Friedensfragen, Gesamtverteidigung (allgemeine Dienstpflicht, Zivildienst, Feuerwehr), Gesundheitspolitik, Drogenproblematik, Tierschutz, Werbung, zwischenmenschliche Beziehungen.

Soweit die Auswertung der Fragebogen.

Persönliche Reminiszenzen

Soziale Probleme werden von der Partei als linke Themen eingestuft. Auch überzeugte freisinnige Frauen, die soziale Fragen aufgrei-

fen und angehen, werden von der Partei als Linke abgestempelt. Wenn die FDP als Partei überleben will, kommt sie um soziale Themen und Frauen nicht herum.

Die Partei soll zur Behandlung sozialer Themen Frauen einsetzen und ihnen die Möglichkeit bieten, sich zu profilieren. Echte Frauenförderung wird verlangt, nicht Frauenverhinderung wie im Münsterchen einer Tagungsteilnehmerin: Nach zwanzigjähriger intensiver Familienphase mit grossem sozialem Engagement tritt Frau XY der freisinnigen Frauengruppe und der FDP bei.

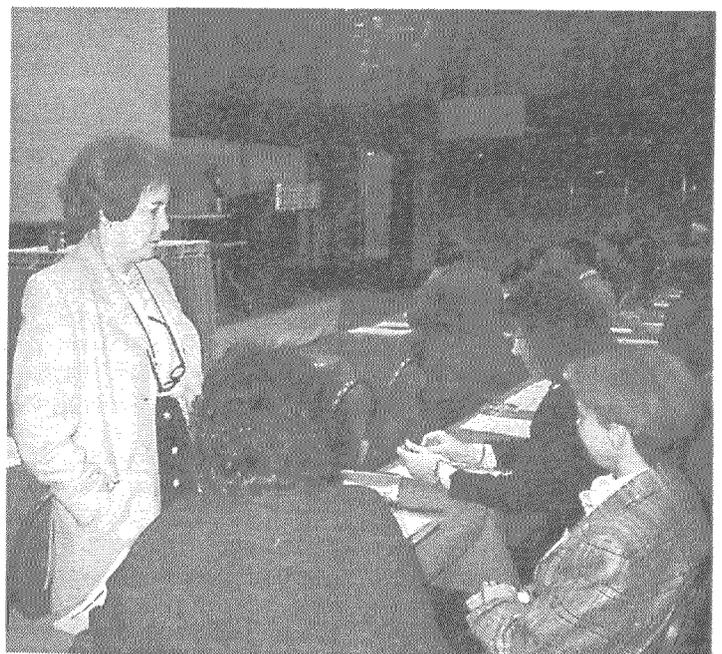
Während vier Jahren setzt sie sich unentwegt für freisinnige Anliegen ein, wirkt in Fachgruppen mit, schreibt Protokolle und Leserbriefe, sammelt Unterschriften gegen den Frauenstreik, arbeitet kreativ in Vorständen mit; kurz: macht alles und noch mehr, was man von Frauen in der Partei erwartet.

Sie erklärt sich bereit, für die Gemeinde- und Kantonsratswahlen zu kandidieren. Bei der ersten Wahl erreicht sie unter den Nichtgewählten ein mittleres Resultat. Unter dem Vor-

Fortsetzung auf Seite 17



Bekannte Gesichter: die Zürcher Nationalrätin Lili Nabholz (links) und Bundesrichterin Ursula Widmer, Luzern.



Franziska Frey-Wettstein, die Präsidentin der SVFF, in nachdenklicher Stimmung.

Gedanken aus Australien

Ça y est! Die Würfel sind am 6. Dezember 1992 gefallen. Das Schweizervolk hat gesprochen. Der demokratischen Gepflogenheit folgend, wird der Entscheid respektiert. Ob wohl die Deutschschweizer auf der Seite der Weisheit gestanden haben, indem sie vermutlich aus Angst vor der unsicher scheinenden Zukunft den «Knieschlotter» kriegten und die Isolierung vorzogen? Eher ist man geneigt, die Suisses romands – und nun auch die Liechtensteiner – für ihre Welt-offenheit, Weitsicht und Bereitschaft zu beglückwünschen, an der Gestaltung der neuen europäischen Ordnung mitzu-helfen und mitzuwirken.

Mit der Absonderung von der europäischen Gemeinschaft, zu der die Schweiz nicht nur aus geographischen Erwägungen heraus schliesslich doch gehört, hat sie ihre Glaubwürdigkeit leichtsinnig aufs Spiel gesetzt und verscherzt. Mit der Absage zum idealistischen Ziel einer kontinentalen Einheit hat sie viel von ihrer Vertrauenswürdigkeit eingebüsst. Sie wird im Ausland nicht mehr ernst genommen, ja, mitleidig belächelt. Fast scheint es, als hätten jene recht, die zu sagen wagen, dass es der Schweiz zu gut geht, dass sie sich in ihrem Wohlstand zu wohl fühlt, dass sie eine Lektion nötig hatte.

Es wäre aber eine Illusion anzunehmen, dass nun alles beim alten bleibt. Die Schweiz wird nach dem 6. Dezember nicht mehr dieselbe sein, was sie war. Über kurz oder lang könnte es ein schmerzhaftes Erwachen geben. Ich wünsche der Schweizer Regierung den Mut und die Kraft, den in einer Stunde der Finsternis entstandenen Scherbenhaufen wegzuräumen.

Die Schweiz hat eine einmalige Gelegenheit verpasst. Wie kein anderes Land auf unserer schönen Erde wäre sie geradezu vorbestimmt und berufen gewesen, mit ihren seit Jahrhunderten angereicherten Erfahrungen dem im Werden begriffenen, europäischen, föderativen, demokratischen Staatengebilde als Beispiel der friedlichen Einheit in der Vielfalt zu dienen.

In dieser entscheidenden Stunde der Bewährung wäre es wertvoll gewesen, hätte der Schweiz eine Persönlichkeit zur Verfügung gestanden, wie etwa diejenige des Historikers Professor von Salis, der während des Krieges das Volk mit Intelligenz, Gewissenhaftigkeit und Souveränität wöchentlich über das internationale Geschehen informierte und ihm dadurch Mut, Zuversicht und Hoffnung einflösste. Statt dessen müssen sich die Schweizer heute mit Informationen eines Radiodienstes begnügen, dessen Sendungen unter dem Vorwand von freier Meinungsäusserung zwischen extremen Ansichten hin- und herpendelt, was unter dem Volk nur Verwirrung und Unsicherheit stiftet, statt Klarheit schafft.

Es bleibt aber noch die Hoffnung, dass mit vereinten Anstrengungen die Einsicht überall durchdringen wird, dass die Schweiz ohne Zugehörigkeit zur europäischen Gemeinschaft auf die Dauer nicht bestehen kann. In einer Welt, die immer kleiner wird, gibt es kein

Abseitsstehen und keinen Alleingang, sondern nur ein überzeugtes und begeistertes Mitsprechen, Mitformen und Mitbestimmen.

Es ist nicht Zweck dieser Zeilen, die Gründe, die zum Nein führten, zu erforschen. Das sei Berufeneren überlassen. Sie sind lediglich Ausdruck einiger persönlicher Gedanken, die sich ein im australischen Busch zurückgezogener Tellensohn zum bedeutungsvollen Abstimmungsergebnis vom 6. Dezember anstellt, als Zeichen der Dankbarkeit für die ihm erwiesene Gunst der periodischen Information über das politische helvetische Geschehen mittels des Parteiorgans «Freisinn FDP».

Der Schweiz möge auch im kommenden Jahr der Friede erhalten bleiben und der FDP und der FDP Schweiz International viel Erfolg und Erfüllung beschieden sein.

*Werner Schwab,
Mt. Garnet, Australien,
Mitglied der FDP Schweiz
International*

FDP und EWR

Als ehemaliger freisinniger Kantonalpräsident war ich jeweils stolz, wenn die Parolen der Delegierten hinterher durchs Volk bestätigt wurden. Wenn aber einmal unsere Prognosen danebenlagen, war das für mich Anlass zur Kontrolle und Selbstkritik.

Noch selten hat sich die FDP in einer politischen Auseinandersetzung gegenüber ihrer eigenen Basis so verrechnet wie bei der EWR-Abstimmung. Die grosse Mehrheit der Kantonalparteien (16 Kantone) hat genau das Gegenteil der Parteileitung beschlossen. Statt den Entscheid des Souveräns auch in den Folgerungen zu akzeptieren und eine neue Europapolitik zu entwickeln, lässt aber unsere Partei die gleichen Exponenten bereits wieder mit der EG verhandeln, als ob die Basis nicht zu berücksichtigen wäre. Mir

scheint, dass vorerst ein neues aussenpolitisches Konzept für das Verhältnis zwischen der Schweiz und Europa beraten werden müsste.

Es gehört zur Verfassungstreue und zum Demokratieverständnis eines echten Freisinnigen, dass jetzt nicht über eine zweite EWR-Abstimmung oder gar über einen Beitritt zur EG verhandelt wird. Vielmehr sollte man vorhandene andere Konzepte endlich zur Kenntnis nehmen (z. B. dasjenige, das aus den Verfassungseminarien der Luzerner Liberalen im Jahr 1991 entstanden ist) und diese beraten. Es war unfair, seitens der EWR-Befürworter und der meisten Medien, den Gegnern nur vorzuhalten, man habe keine Alternativen, und gleichzeitig die Publikation derselben abzulehnen. Ich zitiere nachstehend aus einem Leserbrief, dessen Abdruck auch die NZZ verweigert hat:

«Es gibt Bedingungen, auf welche die Schweiz ganz einfach nicht verzichten darf, und Wünsche, die nicht unbedingt sofort erfüllt werden müssen. Zu diesen Bedingungen gehören meines Erachtens:

1. Eine klare und abschliessende Umschreibung der Rechtssätze, die von der EG übernommen werden.
2. Keine Verpflichtung, künftiges, noch nicht bekanntes EG-Recht übernehmen zu müssen.
3. Keine Verpflichtung, die politische Zusammenarbeit auf weitere Sachgebiete auszu-dehnen.
4. Freies Kündigungsrecht mit der ausdrücklich formulierten Rechtswirkung, dass mit einer Kündigung die volle staatliche Souveränität wiederhergestellt werden kann.
5. Aufrechterhaltung des EG-Freihandelsvertrages 1972 samt Zusatzverträgen für den Fall der Kündigung (Suspendierung gemäss Wiener Konvention statt Aufhebung).

Zu den Wünschen sollten nach meinem Dafürhalten gehören:

1. Ausarbeitung einer europäischen Verfassung, an welcher alle europäischen Staaten teilhaben können und in welcher die Kompetenzen des supranationalen Gebildes klar begrenzt werden.
2. Anerkennung der Grundsätze der Demokratie, des Föderalismus, der Subsidiarität und des Minderheitenschutzes.
3. Einführung eines europäischen Parlamentes als Gesetzgebungsorgan mit einer Volkskammer und einer Länderkammer.
4. Wahl des Parlamentes durch die Völker der Mitgliedstaaten.
5. Wahl der Regierung durch das Parlament, wobei pro Land nur ein Mitglied wählbar ist.»

Solche und ähnliche Standpunkte müssten von den aussenpolitischen Gremien überprüft, formuliert und hernach als Mandat unseren Diplomaten mitgegeben werden. Dabei sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass wir Diplomaten entsenden, die selber die Meinung von Volk und Ständen vertreten und uns nicht im In- und Ausland beschimpfen und lächerlich machen.

Dr. Alexander Wili, Kriens

JBS-News

◉ **Davide Robbiani,
Massagno***

In der ersten Sitzung der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) nach dem «Nein» des Volkes und der Kantone zum Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum gab es ein Gefühl von Bitterkeit; der Kongress vom 25. Oktober hatte sich in der Tat mit Überzeugung für Europa geäussert.

Der Delegiertenrat, der sich am 12. Dezember in Bern versammelte, hat das «Nein» mit Bedauern festgestellt und seine Besorgnis um die politische und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz ausgesprochen. Nach der Meinung der JBS sollte man jetzt einerseits den Kontakt und die Beziehung mit den anderen europäischen Ländern verstärken, andererseits die eidgenössische Einheit befestigen. Manche sehen diese Ein-

* Mitglied des Zentralvorstandes der JBS

Fortsetzung von Seite 15

wand, sie hätte zuwenig Fremdstimmen gebracht, wird sie kurzerhand von der Kandidatenliste für das Kantonsparlament gestrichen, was ihr zudem erst im nachhinein mitgeteilt wird. An ihre Stelle wird ein ursprünglich nicht vorgesehener Gewerbler mit Wohnsitz in einem anderen Wahlkreis gesetzt, der aber nicht besser abschneidet! Die Frau jedoch ist für die Freisinnige Partei verloren.

Das Vorgehen des Wahlausschusses kann in diesem Fall nicht allein den Männern angelastet werden, denn Parteipräsident ist eine Frau.

Die Solidarität unter Frauen muss unbedingt verbessert werden, sonst bleiben wir in der Politik weiterhin untervertreten. Solidarität fördert aber auch das Interesse am Gemeinwohl und wirkt konstruktiv.

Immer muss festgestellt werden, dass Männer und Frauen

heit als wankend, aus zwei Gründen: erstens die ziemlich klare Spaltung zwischen dem Volk und der politischen Autorität, zweitens das überzeugte «Ja» der westlichen Kantone gegen das vorwiegende «Nein» der deutschen Schweiz und des Tessins.

Die JBS ist überzeugt, dass das Thema Europa noch lebt, deshalb hat sie entschieden, an zwei seiner ständigen Kommissionen (die Internationale Kommission für europäische Anliegen und die Politische Kommission für die inneren Interessen) je eine Aufgabe zu delegieren. Die erste soll die Möglichkeit der Annäherung der Schweiz an Europa debattieren. Die zweite hat als Aufgabe, über die Mittel für die Verstärkung der nationalen Einheit nachzudenken.

Klassenaustausch

Eine erste Initiative der JBS, die in diese Richtung geht, ist die Förderung von Schulklassenaustausch (vom fünften Schuljahr und zwischen den

der Partei die Frauengruppen nicht ernst nehmen und politische Veranstaltungen der Frauengruppe nicht zur Kenntnis nehmen (ausser vor den Wahlen!). Bedenklich ist auch, wenn Berufstätige auf «Nur-Hausfrauen herabblicken und wenn Berufstätige von Hausfrauen als verantwortungslose Mütter bezeichnet werden. Warum ist es so schwer, in jeder Frau einen mit vielen Begabungen ausgestatteten Menschen zu sehen, der seine Entscheide in eigener Verantwortung und nach eigenen Möglichkeiten und Begabungen trifft?

Dank

Kein Konkurrenzneid war an der Tagung im Hotel Nova-Park zu spüren. Im Gegenteil: die Frauen fühlten sich wohl. Viele neue Kontakte wurden geknüpft, Erfahrungen ausgetauscht, und es herrschte ein überaus positiver Gemeinschaftsgeist. Viel guter Wille zur Zusammenarbeit und zum Weitermachen bestimmte die Atmosphäre.

verschiedenen Sprachregionen der Schweiz) mit Aufenthalt von mindestens einer Woche pro Jahr. Ein solches Projekt wird auch an der nächsten interkantonalen Konferenz der Direktoren der öffentlichen Instruktion präsentiert.

Die Medieninitiative

Die JBS hat sich für den Text der eidgenössischen Volksinitiative «für eine liberale Regelung der Medien und die Auflösung der Monopole» interessiert. Das Thema wurde von Dr. Günter Heuberger (Mitglied des Initiativkomitees) präsentiert, der uns Inhalt und Motivation vorstellte. Die Initiative zielt auf die Zerstörung der schweizerischen elektronischen Medienmonopole, um die Existenz einer Pluralität von nationalen und regionalen Sendern möglich zu machen. Die angestrebten Objekte sind die Zunahme des Angebotes der Sendungen, aber auch der Meinungen und die Förderung der Konkurrenz auf dem elektronischen Medien-

markt. Die JBS hat entschieden, dieser Initiative ihre Unterstützung zu geben.

Jeunes Radicaux latins

Am 12. Dezember wurde das «Bureau des Jeunes Radicaux latins» gegründet, das aus den verschiedenen französischsprachigen Kantonssektionen unserer Bewegung zusammengesetzt ist. Nach der Meinung einiger könnte die Gründung eines interkantonalen Büros als eine Sezession von der JBS interpretiert werden; aber es ist nicht so, sagen die Gründer. Im Gegenteil: Hauptziele des neugegründeten Komitees sind die Verbesserung und die Koordinierung der Zusammenarbeit mit der JBS und die Übersetzung des Materials vom Deutschen ins Französische. Andere Ziele sind Ideenaustausch, mehr Synergien zwischen den Kantonssektionen, die Organisation von Debatten und (natürlich) auch die erholsame Seite... affaires à suivre.



In der ersten Reihe (von links): Kantonspräsidentin Beatrice Geier (BL), Nationalrätin Trix Heberlein (ZH) und Regierungsrätin Stefanie Mörkofer (AG). (Photos Marie-Louise Baumann)

Den Organisatorinnen der Zürcher Frauengruppe und den Arbeitsgruppen-Leiterinnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt für die grosse Arbeit und die vielen guten Ideen!

Im nächsten «Freisinn» finden Sie die Berichte und Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen Drogenpolitik, Gesundheit, Soziales, Umwelt und Wirtschaft. □

Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen



Die Zukunft der Schweiz will von den Kindern und Jugendlichen der 80er und 90er Jahre mitbestimmt werden. Die Visionen der FDP sind die Basis für die Realisierung von Reformen und Neuausrichtungen.

JBS **FDP**
Jugendliche Bewegung der Schweiz
Freisinnige Demokratische Partei

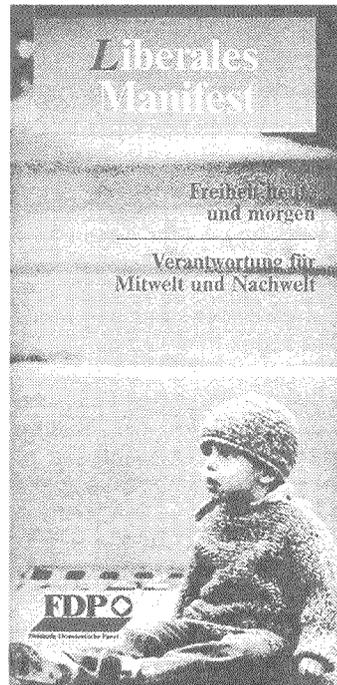
1



Die Mehrheit der Frauen der FDP-Kommunisten sind Frauen. Das ist die Basis für die Verwirklichung der Rechte auf Gleichheit und Mitbestimmung in allen Lebensbereichen insbesondere in der Familie.

FDP
Freisinnige Demokratische Partei

2



FDP
Freisinnige Demokratische Partei

3



Wichtige Massnahmen im Kampf gegen die Wohnungsnot ist der Abbau bestimmter Vorschriften und die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Wohnungsmarktes.

FDP
Freisinnige Demokratische Partei

4 (Neuaufgabe in Vorbereitung)



Umwelt und Wirtschaft sind zwei Seiten einer Medaille. Nur eine gesunde Wirtschaft schützt unsere Umwelt wirksam.

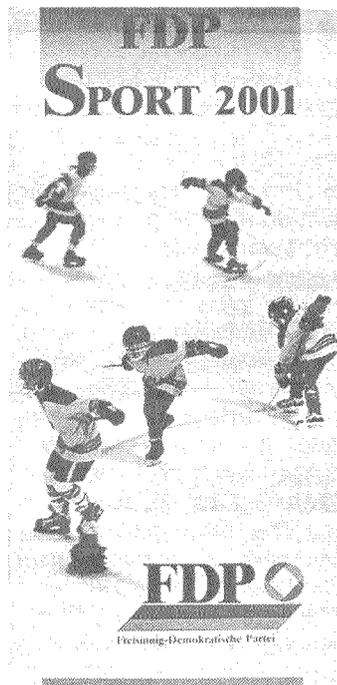
FDP
Freisinnige Demokratische Partei

5



FDP PRD PLR

6



FDP
Freisinnige Demokratische Partei

7



Wenn die Möglichkeit in einem Lande besteht, sich zu schützen und in Frieden zu leben, dann ist die Aufnahme von Flüchtlingen nicht die Lösung.

FDP
Freisinnige Demokratische Partei

8

Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4 5 6 7 8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten

die Nummern 1 2 4 5 8 je Fr. -50

die Nummern 3 6 7 je Fr. 1.-

Name/Vorname: _____

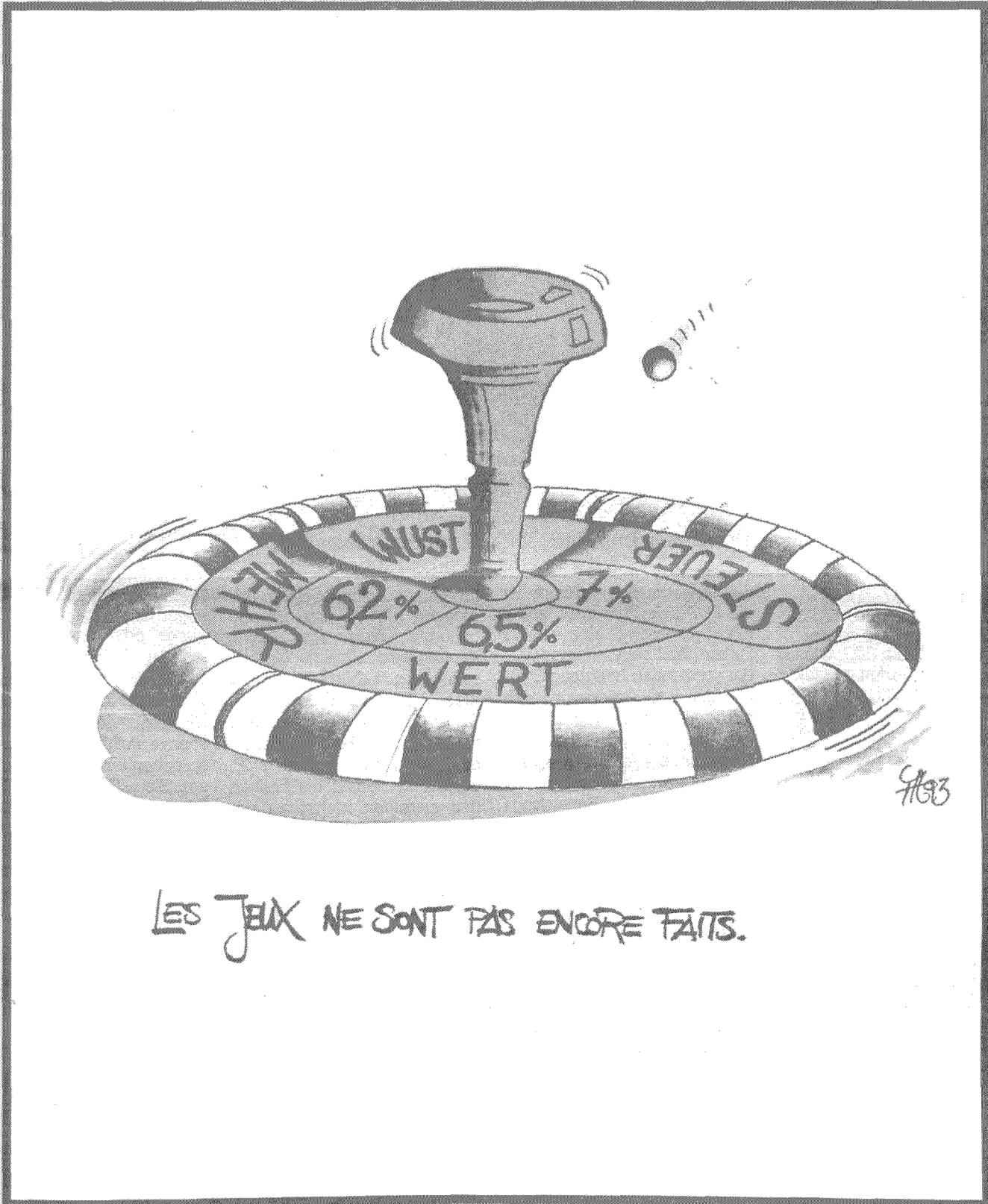
Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51

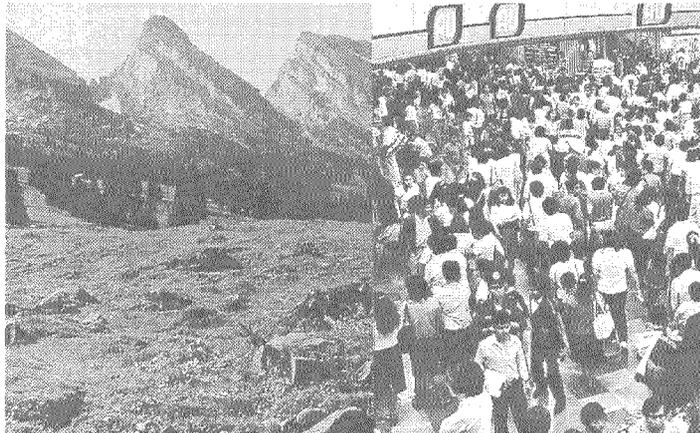


LES JEUX NE SONT PAS ENCORE FAITS.

Ein «belebender Impuls»

Die grossen Wählerverluste der St. Galler FDP in den letzten Jahren lassen es nicht geraten erscheinen, zur Tagesordnung überzugehen. Einige Freisinnige haben sich darum zusammengetan, um im Sinne der ehemaligen «Jungliberalen Bewegung» wieder eine ähnliche Gruppierung als «belebenden Impuls» innerhalb unserer Partei ins Leben zu rufen.

Der Verlust des dritten Nationalratsmandates ist ein (vorläufiger) Tiefpunkt einer längeren Serie von Verlusten, die unsere Partei empfindlich traf. Der Wähleranteil ist auf bescheidene zwanzig Prozent (1979 noch 27,6 Prozent) abgesackt. In der Stadt St. Gallen hat die FDP nicht nur innerhalb von acht Jahren einen Drittel (!) ihrer Gemeinderatssitze verloren: Die FDP rangiert im Bezirk St. Gallen wähleranteilmässig sogar erstmals auf Platz drei hinter der SP. Die Frauengruppe im Bezirk St. Gallen, als weiteres Beispiel, hat sich aufgelöst, was ein alarmierendes Signal ist.



Der Konflikt Ökonomie/Ökologie oder das Verhältnis «Mensch – Umwelt» ist die zentrale Problematik der nächsten Jahrzehnte.

Es gibt nichts zu verharmlosen: die Auflösung der Volksparteien, ein europäisches Phänomen, erfasst zunehmend die FDP. Wenn die grossen Volksparteien zu unbedeutenden Kleinparteien werden, entstehen Verhältnisse wie in der Stadt Zürich, wo die FDP als «Partei unter andern» kaum mehr eine bestimmende Kraft ist.

Die Initiantengruppe

Lisa Ackermann, St. Gallen; Heidi Baer, Oberuzwil; Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, St. Gallen; Eugen Büchi, Flawil; Walter Dietz, Wittenbach; Ilka Heer, St. Gallen; Marie-Therese Huser, Wagen; Hans Jakob Reich, Buchs; Robert Kuratli, St. Peterzell; Heidi Kuster, Kantonsrätin, Diepoldsau; Beatrice Oberholzer, Goldach; Louis Ribaux, St. Gallen; Brigitt Riegg, St. Gallen; Johannes Rutz, Flawil; Paul Schmid, Mogelsberg; Prof. Dr. Erich Soom, St. Gallen; Madeleine Stuker, Gossau; Esther und Walter Thut, Bad Ragaz; Reto Zingg, Ebnat-Kappel; alt Nationalrat Dr. Walter Zwingli, Rheineck. □

Wertvolle Impulse

Andererseits muss man sich die Frage stellen: Warum ist die FDP seit 1848 auch heute noch insgesamt eine grosse Partei? Weil sie es immer wieder verstanden hat, neue Strömungen und Anliegen in sich aufzunehmen. Bewährt haben sich in der geschichtlichen Rückblende «Bewegungen». Als bekanntestes Beispiel ist die «Jungliberale Bewegung» (JB) zu nennen, die insbesondere der St. Galler FDP während Jahrzehnten unschätzbar gute Dienste leistete.

Jede realistische Lagebeurteilung über unsere Partei kommt heute zum Ergebnis, dass sie ohne einen belebenden Impuls kaum aus dem Tief herausfinden wird.

Die Crux der gegenwärtigen Lage ist nämlich die: Je mehr die FDP verliert, desto (thematisch) einseitiger wird politisiert, was zu weiteren Verlusten führt. Beispielsweise ist nach dem Unfalltod unseres Nationalrates Dr. Ruedi Schatz seine vorwiegend auf den Schutz der Umwelt bedachte Richtung kaum mehr vertreten. Dies obwohl viele Meinungsumfragen nach wie vor die Umweltproblematik als dringendstes Zeitproblem ausweisen (noch vor dem Problem der Arbeitslosigkeit).

Umfassendes Freiheitsverständnis

Im Sinne der Jungliberalen Bewegung möchte eine Gruppe besorgter Freisinniger (siehe Kasten) eine ähnliche Organisation ins Leben rufen. Die Idee dabei ist, den freiheitlichen Gedanken konsequent zu Ende zu denken. Was heisst das? Als Ergänzung zur FDP, die als Kernpunkt die Freiheit des einzelnen Menschen postuliert, will sie den liberalen Gedanken systematisch in dem Sinne erweitern, dass nicht nur Freiheit für den einzelnen Menschen, sondern für alle Kreatur gefordert wird.

Freiheit im Sinne von Freiräumen nicht nur für den Menschen, sondern auch für Tiere, Pflanzen und Landschaften. Mit diesem ungeteilten Freiheitsbegriff sollen neue Impulse in die festgefahrene Liberalismuskonzeption eingebracht und die heutigen gravierenden Probleme umfassend aus freiheitlicher Sicht angegangen werden.

Dieser sogenannte umweltliberale Ansatz geht auf den bereits erwähnten damaligen FDP-Kantonalpräsidenten Ruedi Schatz zurück.

Ausgehend von einem positiven Verhältnis zur Wirtschaft als Wohlstands- und Arbeitsplatzförderer sind die Hauptanliegen der Bewegung der Landschafts- und Naturschutz, die Förderung des persönlichen Eigentums und umweltfreundlicher Verkehrsträger sowie des Energie- und Abfallsparens. Intensiv sollen familien-, sozial- und gesundheitspolitische Fragen (Gleichberechtigung, Drogen, Genproblematik) diskutiert werden. Eingebunden ist das Bekenntnis zu unserer Armee, zur Rechtsstaatlichkeit und zu einem föderalistischen Europa.

Allerdings soll die «umweltliberale Bewegung» (die ebensogut «radikal-liberale Bewegung» oder «neoliberale Bewegung» heissen könnte) nicht schon fertige Antworten servieren; der Zweck ist ein freies Diskussionsforum. Umweltliberale Politik ist ganz ausgesprochen eine Politik des Masses. Sie will Menschen, Tieren, Pflanzen und Landschaften zu ihren Freiräumen verhelfen. Zielkonflikte, die dabei gezwungenermassen entstehen, können nur mit Mut und Augenmass gerecht gelöst werden.

Talon

(Einsenden an J. Rutz, Primelweg 8 B. 9230 Flawil)

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____

Telefon: _____

Strasse: _____

PLZ/Wohnort: _____

- interessiert sich für die umweltliberale Bewegung
- wünscht das ausführliche Arbeitspapier (Bitte adressiertes, frankiertes C5-Couvert beilegen)